

# blickpunkt bundestag

Dezember 2009 | ISSN 14359146 | G 10624

[www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)

Der 17. Deutsche Bundestag

## Neue Mehrheiten, neue Aufgaben

Nahaufnahmen

**Ankunft und Abschied im Bundestag**

Interview mit Bundestagspräsident Norbert Lammert  
**„Herz der politischen Willensbildung“**

# Inhalt

- 2 Begegnungen**  
20 Jahre Mauerfall und Friedliche Revolution
- 4 Titel**  
Neue Mehrheiten, neue Aufgaben  
Der 17. Deutsche Bundestag
- 12 Interview**  
„Herz der politischen Willensbildung“  
Bundestagspräsident Norbert Lammert im Gespräch
- 16 Präsidium**  
Kollegialität und Konsens  
Das Präsidium des Deutschen Bundestages
- 18 Nahaufnahmen**  
Ankunft und Abschied im Bundestag
- 34 Platz der Republik**  
Nahtstelle zwischen Problemen und Politik  
60 Jahre Petitionsausschuss
- 36 Menschen**  
Ein wenig ist es auch Magie  
Beleuchtungstechnik im Bundestag
- 40 Im Blick**  
Bestseller, rot-weiß  
120 Jahre „Kürschner“
- 43 Im Wortlaut**  
Wer hat's gesagt?
- 44 Parlamentsgeschichten**  
Klub der knappen Worte  
Österreich: Nationalrat und Bundesrat



Foto: DBT/Studio Kohlmeier

## Neue Mehrheiten, neue Aufgaben

Die ersten Wochen im neuen Bundestag sind Tage des Rollenwechsels und der Weichenstellungen. Sie sind Ausdruck dafür, dass Demokratie Herrschaft auf Zeit bedeutet, der Platz auf der Regierungsbank keine Dauergarantie für Macht und Einfluss beinhaltet. Ein Streifzug durch den 17. Deutschen Bundestag.



Foto: DBT/Marc-Steffen Unger

## Selbstbewusstes Parlament

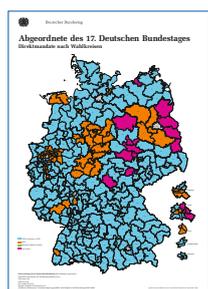
Für mehr Selbstbewusstsein des Parlaments wirbt der wiedergewählte Bundestagspräsident Norbert Lammert. Im Gespräch mit Blickpunkt Bundestag verrät er, wie er die Rolle des Parlaments interpretiert, was er von Drucksachenrekorden hält und warum er das Florett dem Säbel vorzieht.



Foto: plainpicture

## Abschied und Ankunft

Viele Abgeordnete haben mit der Wahl im September Abschied vom Bundestag genommen, mehr als 200 sind neu im Parlament. Blickpunkt Bundestag hat vier von ihnen begleitet.



Dieser Ausgabe von **BLICKPUNKT BUNDESTAG** liegt ein Plakat mit den Wahlergebnissen der Bundestagswahl bei.

# Beethoven im Bundestag

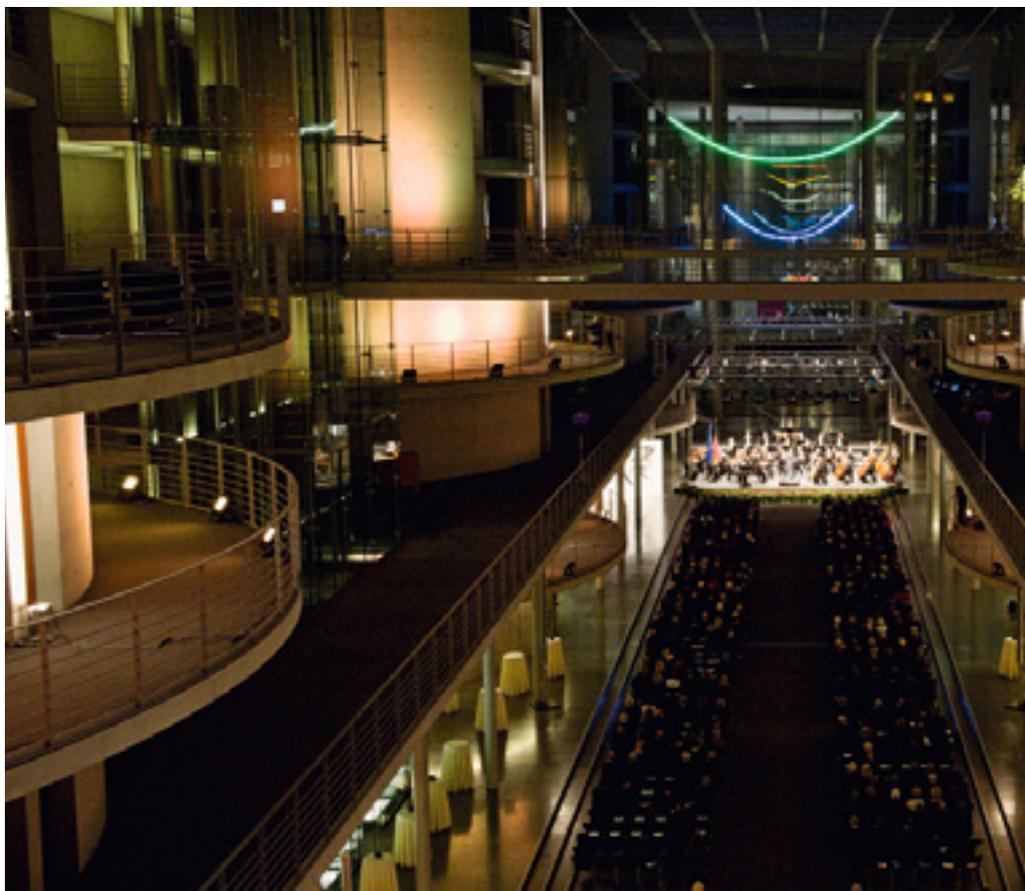
Mit einem Festkonzert wurde im Deutschen Bundestag des Mauerfalls am 9. November 1989 gedacht

Still wurde es, als Bundestagspräsident Norbert Lammert und Bundeskanzlerin Angela Merkel mit ihrem Gast, dem Präsidenten des Europäischen Parlamentes Jerzy Buzek, das voll besetzte Foyer des Paul-Löbe-Hauses durchquerten und ihre Plätze einnahmen. Das Orchester des Mitteldeutschen Rundfunks spielte „Ein Sommernachtstraum“ von Felix Mendelssohn Bartholdy. Eine heitere und beschwingte Ouvertüre, die passte, auch wenn der Abend wenig sommerlich war, sondern nass und kalt. Dennoch waren zahlreiche Parlamentarier, Botschafter und Diplomaten auf Einladung des Bundestagspräsidenten ins Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages gekommen. Schließlich war der Anlass ein besonderer: Zum 20. Mal jährte sich der Tag der Mauerfalls am 9. November 1989.

„Ein Sommernachtstraum war es nicht – auch kein Naturereignis“, sagte Lammert zur Begrüßung in Anspielung auf den musikalischen Auftakt. Der Mauerfall sei nicht „Feen und Elfen“, sondern Menschen zu verdanken, die eine Verweigerung von Freiheit und Selbstbestimmung ebenso wenig wie die gewaltsame Niederschlagung von Aufständen hinnehmen wollten. „Natürlich war der 9. November 1989 auch ein Traum“, erinnerte sich der Bundestagspräsident. Manch einer habe sich zwicken müssen angesichts des „großen Triumphes von Freiheit und

Demokratie“. Denn mit dem Fall der Mauer sei nicht nur ein „städtebauliches Monstrum, sondern ein Unrechtsstaat“ überwunden worden. Lammert gedachte auch der Menschen, die an der Mauer gestorben waren: „Der Mutter des letzten Mauertoten Chris Gueffroy, die heute unter uns ist, möchte ich meinen tiefen Respekt aussprechen.“

Dann trat der Präsident des Europäischen Parlamentes, Jerzy Buzek, aufs Podium: Der ehemalige Ministerpräsident Polens nannte die „Mauer der Schande“ ein Symbol für die Teilung Europas „in einen freien und einen unterdrückten Teil“. Doch der Freiheitstraum der Menschen sei stärker als alle Betonmauern gewesen. „Die Menschen östlich des Eisernen Vorhangs hatten gegen die Panzer nur ihre großen Herzen. Aber sie siegten“, sagte Buzek auf Deutsch. 1989 habe eine neue europäische Identität zu wachsen begonnen, die Ost und West verbindet. „Damals entstand der Gründungsmythos eines neuen Europas.“



## ZITATE Von Wundern und Träumen

„Unser ‚Yes we can‘ heißt ‚Wir sind das Volk‘.“

**Joachim Gauck, Bürgerrechtler und Mitbegründer des Neuen Forums**

„Im Nachhinein können wir viele Gründe für die friedliche Revolution benennen, aber sie bleibt auch ein Wunder.“

**Horst Köhler, Bundespräsident**

„Wir wissen, dass Millionen von Herzen hinter jenen standen, die wirklich die Mauer niederrissen.“

**US-Außenministerin Hillary Clinton**

„Eroica“, Ludwig van Beethovens 3. Sinfonie in Es-Dur, die das Orchester im Anschluss an Buzeks Rede gab, hatte sich Bundestagspräsident Lammert gewünscht. „Wir widmen sie den europäischen Bürgerrechtlern“, sagte er. „Beethoven hätte dies sicher auch getan.“

Dass die Wahl auf Beethoven fiel, ist wohl kein Zufall: Der Komponist war in seiner Jugend ein Bewunderer der Französischen Revolution. Und die begann 1789 – genau 200 Jahre, bevor die Menschen in der DDR gegen die SED-Herrschaft auf die Straße gingen.

Sandra Schmid ■



Foto: Sejm

## Die Mauer ist weg

Der Bundestag war mit einer Ausstellung im Sejm zu Gast

„Mister Gorbatschow, open this gate“, wieder und wieder spricht der ehemalige US-Präsident Ronald Reagan seinen Appell, den er 1987 an den sowjetischen Generalsekretär der KPdSU richtete. Damals stand Reagan im Westen, die Berliner Mauer und das Brandenburger Tor im Rücken.

Der Filmclip mit Reagans Berliner Rede ist Teil der Ausstellung „Die Mauer ist weg – friedliche Revolution und Überwindung der Teilung“, die bis Ende November im Sejm, dem polnischen Parlament, in Warschau zu sehen war.

Fast auf den Tag genau 20 Jahre nach dem Fall der Mauer in Berlin hatten Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) und sein polnischer Amtskollege Bronisław Komorowski die Ausstellung in Warschau eröffnet. Die Schau „Die Mauer ist weg“, die auf eine Idee der beiden Parlamentspräsidenten zurückgeht, ist das Gegenstück zur polnischen Ausstellung „Solidarność. Eine friedliche Revolution“, die im Mai

und Juni dieses Jahres im Bundestag in Berlin zu sehen war. Lammert betonte bei der Eröffnung in Warschau die Bedeutung Polens und der Gewerkschaft Solidarność für den Fall der Mauer. Deutschland sei sich bewusst, dass der Mauerfall kein nationales oder lokales Ereignis gewesen sei, sondern eingebettet in einen europäischen Prozess, wobei „dem Beitrag der Solidarność herausragende Bedeutung“ zukomme. Sein polnischer Amtskollege sagte, er könne sich gut an die große Erleichterung erinnern, als in Polen 1989 deutlich geworden sei, dass man im Kampf um die Freiheit nicht mehr alleine stand in Europa. Deutschland und Polen verbinde seit dem Mauerfall eine „positive Schicksalsgemeinschaft“, die es zu pflegen und auszubauen gelte, betonte Komorowski.

Im Anschluss an die Ausstellung im Sejm soll „Die Mauer ist weg“ auf Tour durch andere europäische Parlamente gehen.

Sebastian Hille ■



Foto: DBT/Marco Urban

„Sie haben gewagt, in der Dunkelheit zu träumen.“

Großbritanniens Premier Gordon Brown

„Die Menschen östlich des Eisernen Vorhangs hatten gegen die Panzer nur ihre großen Herzen. Aber sie siegten.“

Jerzy Buzek, Präsident des Europäischen Parlaments und Mitbegründer der Solidarność

„Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort ... unverzüglich.“

SED-Politbüromitglied Günter Schabowski am 9. November 1989 zum neuen Reisegesetz



Der 17. Deutsche Bundestag

# Neue Mehrheiten, neue Aufgaben

Wenn der Wähler gesprochen hat, beginnt im Bundestag die Zeit der Weichenstellungen: Fraktionen und Ausschüsse bilden sich neu, Minister verlassen die Regierungsbank und nehmen im Plenum Platz, erfahrene Kollegen treffen auf Parlamentsneulinge, die ihre Rolle noch finden müssen. Die ersten Wochen im neuen Bundestag sind Tage des Rollenwechsels. Und sie sind Ausdruck dafür, dass Demokratie Herrschaft auf Zeit bedeutet, der Platz auf der Regierungsbank keine Dauergarantie für Macht und Einfluss beinhaltet.

**F**ast sichtbar scharrt er mit den Hufen, ungeduldig drängt er aufs Tempo: „Ich hoffe, dass es endlich losgeht!“ Reinhard Brandl, frisch gewählter CSU-Bundestagsabgeordneter aus Ingolstadt, kann es kaum abwarten, bis er mit der konkreten Arbeit als Volksvertreter beginnen kann. Genau einen Monat hat er seit der Bundestagswahl auf diesen Tag warten müssen: Auf den Tag der Konstituierung des neuen, des 17. Bundestages und damit auf den Tag, an dem auch sein Mandat offiziell beginnt und er erstmals selbst auf einem der blau-violetten Stühle im Plenarsaal, dem Herzen des Bundestages, unter dem strengen Blick des großen Aluminiumadlers Platz nehmen darf. „Das ist ungeheuer spannend“, empfindet der 32-jährige Wirtschaftsingenieur die Situation. „In meinem Bauch kribbelt es erheblich.“

Ähnlich wie Reinhard Brandl geht es vielen der 202 Abgeordneten, die neu in den Bundestag eingezogen sind. Sie alle sind mit dem Gefühl nach Berlin gekommen, etwas bewegen zu wollen; zugleich spüren sie erstmals fast körperlich die Verantwortung, die nun auf ihnen lastet. DEM DEUTSCHEN VOLKE – so mahnt die Giebelinschrift über dem Westportal des Reichstagsgebäudes – solle sich das Parlament verpflichtet fühlen. So bekannt diese Verpflichtung jedem sein mag, ihre konkrete Wirkung entfaltet sie jetzt. „Überwältigend“, empfindet etwa Petra Crone das Gefühl, in diesem Gebäude, das wie kaum ein anderes für das Auf und Ab des deutschen Parlamentarismus steht, Politik für die Menschen in Deutschland machen zu können.

### Dicke Bretter

Als Bürde sieht die 59-jährige Hausfrau, die für die SPD neu im Bundestag sitzt, die neue Aufgabe aber nicht, eher als Glück: „Ich gehe nicht mit Angst, sondern voller Lust und Zuversicht an die Arbeit.“ Auch der neue Benjamin des Bundestages, der 23 Jahre alte Student und FDP-Abgeordnete Florian Bernschneider, will sich trotz aller erhabenen Gefühle („zum ersten Mal im Plenarsaal zu sitzen, ist schon bewe-



Foto: Caro/Andreas Teich

gend“) nicht von seinen Zielen ablenken lassen. Und für die will er dicke Bretter bohren: „Ich möchte Politik nicht fürs nächste Wahlergebnis, sondern für künftige Generationen machen.“

Über der konstituierenden Sitzung des Bundestages liegt eine Mischung aus fröhlicher Aufbruchstimmung und verhaltener Melancholie. Ein bisschen erinnert die Atmosphäre an den ersten Schultag nach den großen Ferien: Man freut sich, sich wiederzusehen, interessiert sich für „die Neuen“ und denkt ein wenig beklommen an jene, die es nicht wieder geschafft haben.

Besonders bei den Wahlgewinnern ist die Stimmung prächtig. Viele der 93 FDP-Abgeordneten sind voller Stolz. Man scherzt, lacht und fotografiert sich. Nur der Senkrechtstarter der FDP, der neue Gesundheitsminister Philipp Rösler, kann nicht so recht teilhaben: Er muss an diesem Tag einsam auf der Bundesratsbank Platz nehmen, weil er kein Abgeordneter und noch nicht als Bundesminister vereidigt ist. Auch bei der Union herrscht eitel Sonnenschein. Stolz blickt Fraktionschef Volker Kauder auf den Doppelblock seiner auf 239 Sitze angewachsenen Fraktion. Sein Blick sig-



Bei der Wahl des Präsidiums am Tag der Konstituierung des 17. Deutschen Bundestages



Foto: laif/Dominik Butzmann



Foto: photothek.net/Ute Grabowski

**Bild links: Der jüngste Abgeordnete Florian Bernschneider (FDP) und Alterspräsident Heinz Riesenhuber (CDU/CSU), Petra Crone (SPD) und Reinhard Brandl (CDU/CSU)**

nalisiert Zuversicht: Hängepartien mit knappen Mehrheiten wird es in dieser Legislaturperiode kaum geben.

Gemischte Stimmung dagegen im Oppositionslager. Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion Die Linke freuen sich zwar über kräftige Zugewinne und dass die Opposition im Deutschen Bundestag mit der SPD insgesamt größer geworden ist. Bei den Sozialdemokraten herrscht allerdings eher Katerstimmung. Hier im Plenarsaal wird für jeden spürbar, wie stark die SPD durch das Wählervotum geschrumpft ist: Nur noch 146 statt wie zu Beginn der vorherigen

Wahlperiode 222 Sitze, davon nur noch drei statt wie bislang fünf Plätze in der wichtigen ersten Reihe. Peer Steinbrück, eben noch geachteter Finanzminister, sitzt ebenso wie die einst mächtige Gesundheitsministerin Ulla Schmidt in der fünftletzten Reihe. Sichtbarer Ausdruck dafür, dass Demokratie Herrschaft auf Zeit bedeutet, der Platz auf der Regierungsbank keine Dauergarantie für Macht und Einfluss beinhaltet.

Als spüre er den Schmerz der SPD in ihrer neuen Oppositionsrolle, tröstet der mit 84,6 Prozent der Stim-

men souverän wiedergewählte Bundestagspräsident Norbert Lammert die Sozialdemokraten in seiner Rede zur Konstituierung des 17. Bundestages: „Die demokratische Reife eines politischen Systems ist nicht an der Existenz der Regierung zu erkennen, sondern am Parlament und vor allem am Vorhandensein einer Opposition und ihrer politischen Wirkungsmöglichkeiten. Regiert wird immer und überall. Die Opposition macht den Unterschied, und ihre Bedeutung steht und fällt mit dem Gewicht des Parlaments als Vertretung des ganzen Volkes.“

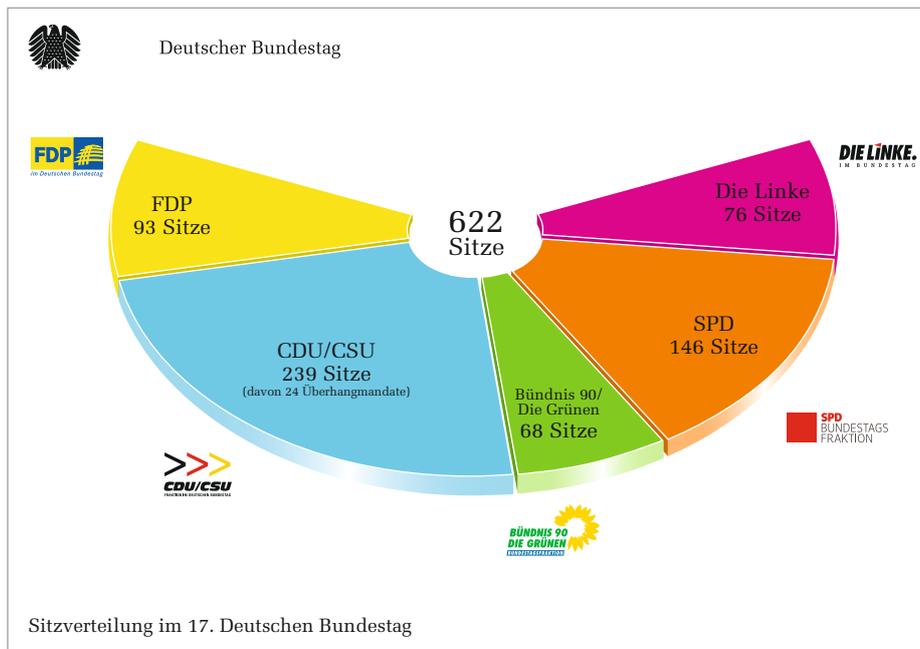
## Gewählt, aber nicht gesalbt

An den gesamten neuen Bundestag gewendet, mahnt Lammert Selbstbewusstsein an, vor allem auch gegenüber der Bundesregierung: „Der Bundestag muss und darf sich nicht hinter anderen Verfassungsorganen verstecken. Er ist nicht Hilfsorgan, sondern Herz der politischen Willensbildung in unserem Land. Nicht die Regierung hält sich ein Parlament, sondern das Parlament bestimmt und kontrolliert die Regierung.“

Noch eine dritte Botschaft gibt der Präsident den Abgeordneten mit auf den Weg in die neue Legislatur: „Wir sind gewählt, aber nicht gesalbt; nicht für immer, sondern für ganze vier Jahre; mit einem befristeten Auftrag, für den es keine automatische Verlängerung gibt. Wir sind nicht das Volk, sondern die Volksvertretung. Die Wähler wissen ebenso gut wie wir, manchmal vielleicht sogar besser, dass

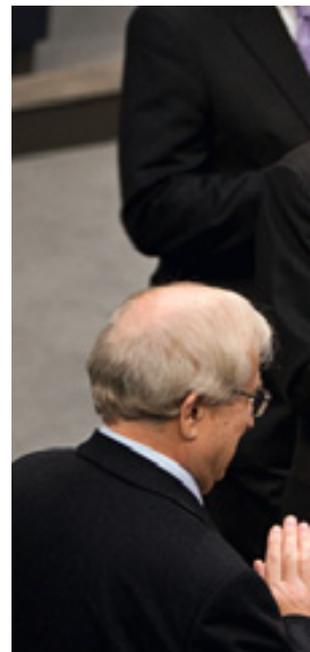


Foto: DBT/Werner Schüring



**Bild rechts:**  
**Bundeskanzlerin**  
**Angela Merkel**  
**gratuliert Norbert**  
**Lammert zu seiner**  
**Wiederwahl als**  
**Bundestagspräsident**

Foto: DBT/MC



wir nicht über Wasser gehen können. Deshalb sollten wir auch keinen anderen Eindruck vermitteln.“

Derart mit Aufmunterungsbotschaften gestärkt, begibt sich der Bundestag an die Arbeit. Schon einen Tag nach seiner Konstituierung steht die Wahl der Bundeskanzlerin auf der Tagesordnung – die Bestellung einer handlungsfähigen Regierung gehört zu den Kernaufgaben des Deutschen Bundestages. Keine Routineangelegenheit – auch wenn die Mehrheit der neuen schwarz-gelben Koalition mit 20 Stimmen über der erforderlichen „Kanzlermehrheit“ Überraschungen kaum erwarten lässt. Dass bei geheimen Abstimmungen individuelle Enttäuschungen und Vorbehalte dennoch eine Rolle spielen können, muss dann Angela Merkel aber doch erfahren: Bei ihrer Wahl zur zweiten Kanzlerschaft haben neun Abgeordnete aus dem eigenen Koalitionslager ihr Kreuz nicht bei ihrem Namen gemacht. Ein kleiner Schönheitsfehler, über den die Kanzlerin hinweglächelt. Sie weiß ihren Platz in der Geschichte schon jetzt sicher: Zwar ist das Außergewöhnliche ihrer ersten Kanzlerschaft – erstmals eine Frau, erstmals aus Ostdeutschland und jüngste aller Bundeskanzler – verblasst, dafür ist sie nun die bisher einzige Kanzlerin in der Geschichte der Bundesrepublik, die mit unterschiedlichen Koalitionen regiert.

Es folgen wichtige Tage der Selbstorganisation des Bundestages und seiner

fünf Fraktionen. Wenn rund ein Drittel der Abgeordneten neu im Parlament ist und ein Austausch zwischen Regierungs- und Oppositionsfraktionen stattfindet, setzt sich ein gewaltiges Rollenwechselspiel in Gang. Es erhält noch zusätzlichen Schwung dadurch, dass einige, die es gar nicht erwartet hatten, in die Regierung und zu Parlamentarischen Staatssekretären berufen werden. Deshalb heißt es nun: Wer wird was im Bundestag? Wer geht in welchen Fachausschuss? Wie weit können dabei persönliche Wünsche berücksichtigt werden? Wer wird Obmann oder Berichterstatter seiner Fraktion? Welche Fraktion erhält welchen Ausschussvorsitz? Wer steigt innerhalb der eigenen Fraktion auf – oder ab? Das sind wichtige erste Weichenstellungen, die nicht selten über spätere Karrieren entscheiden können.

### Knifflige Raumfragen

Und dann sind da noch die schwierigen Raumfragen, die zu klären sind. Sie beginnen damit, dass der Anspruch der fünf Fraktionen, auf der Fraktions-ebene des Reichstagsgebäudes gleichzeitig zu tagen, kaum noch zu erfüllen ist. Das liegt vor allem am personellen Zuwachs der kleineren Fraktionen, die bislang in den Ecktürmen des Reichstagsgebäudes Platz fanden, nun aber dort aus allen Nähten platzen. Der Geschäftsführer der Fraktion Die

Linke, Ulrich Maurer, sagt: „Wir sitzen hier wie die Heringe.“

Vermutlich bis Weihnachten wird es dauern, bis jeder Abgeordnete für sich und seine Mitarbeiter die richtigen Büroräume gefunden hat. Auch hier gilt es für die Verantwortlichen, unterschiedliche Interessen unter einen Hut zu bekommen: Da wollen Fraktionen und Landesgruppen möglichst eng beieinander sein, da sollen die Ausschussvorsitzenden und ihre Stellvertreter nahe ihrem Ausschuss sitzen. Prestigegedanken kommen noch hinzu: Als jemand, der es geschafft hat, gilt der, der im weitläufigen Parlamentsviertel möglichst nahe am Reichstagsgebäude seine Büroräume hat.

Spätestens bis zum neuen Jahr 2010 sollen alle Anfangsschwierigkeiten überwunden sein. Bis dahin müssen sich Regierungs- wie Oppositionsfraktionen formiert und taktisch gut aufgestellt



Foto: argus/Peter Frischmuth



Foto: DBT/Thomas Köhler/photothek.net

haben. Die neue schwarz-gelbe Koalition drückt schon jetzt aufs Tempo. Denn die Zeit drängt. Ihr Regierungsprogramm ist zeitlich ambitioniert, erlaubt keine Leerläufe. Da wird auch der Bundestag insgesamt unter Beweis stellen müssen, wie stark das Wort von Präsident Norbert Lammert über ihn zutrifft: „Hier schlägt das Herz der Demokratie, oder es schlägt nicht.“

Der 17. Deutsche Bundestag besteht aus 622 Abgeordneten. Er ist damit das drittgrößte Parlament in Europa. Nur Großbritannien mit 646 und Italien mit 630 Mitgliedern liegen noch vor dem Bundestag. Dass die gesetzliche Zahl seiner Mitglieder – 598 – um 24 Abgeordnete überschritten wird, liegt an den Überhangmandaten, die durch unser Wahlsystem aus Verhältnis- und Persönlichkeitswahl entstehen können. Alle Überhangmandate sind diesmal der Union zugefallen.

Obwohl knapp ein Drittel der Abgeordneten neu in den Bundestag eingezogen sind, hat sich das Parlament altersmäßig gegenüber seinem Vorgänger kaum verändert: Statistisch ist der Durchschnittsabgeordnete des 17. Bundestages 49,24 Jahre alt, im letzten Bundestag waren es 49,3 Jahre. Die jüngste Fraktion sind Bündnis 90/Die Grünen mit einem Durchschnittsalter von 46,62 Jahren. Die älteste ist die SPD mit 51,64 Jahren. Es folgen mit 49,23 Durchschnittsjahren die Unionsabgeordneten, die Linken mit 48,57 und die Liberalen mit 47,52 Jahren. Der jüngste Abgeordnete ist mit 23 Jahren Florian Bernschneider (FDP), der älteste mit 74 Jahren Heinz Riesenhuber (CDU).

Dem neuen Parlament gehören 418 Männer und 204 Frauen an. Damit beträgt der Frauenanteil 32,8 Prozent. Das ist nahezu identisch mit dem Wert am Ende der 16. Wahlperiode (32,1

Prozent). Allerdings gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Fraktionen. Selbst der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel war es ein bisschen peinlich: Da müsse sich etwas ändern, sagte sie mit Blick auf die noch nicht einmal 20 Prozent an weiblichen Mitgliedern in den eigenen Unionsreihen, mit denen sie weit unter dem Durchschnitt bleibt. Auch der neue Koalitionspartner hat Nachholbedarf. Nicht einmal jeder vierte Mandatsträger bei der FDP ist weiblich.

Dass der Frauenanteil im 17. Bundestag dennoch leicht, um 0,7 Prozent, gestiegen ist, liegt an den drei Oppositionsparteien, bei denen schon länger eine Quote gilt. In der stark geschrumpften SPD-Fraktion konnten zumindest die Frauen ihre Position ausbauen (von 36 auf 38,5 Prozent). Bei den Grünen mit 54,4 Prozent sind die weiblichen Mitglieder traditionell in der Mehrheit. Erstmals schafften dies auch die Frauen bei der Linkspartei mit 52,6 Prozent.

## Mehr als hundert Berufe

Auf den ersten Blick scheint der Bundestag weiterhin eine Dienstleistungsgesellschaft zu repräsentieren: Eine klare Mehrheit der Abgeordneten kommt aus diesem weit gefassten beruflichen Umfeld. Fast jeder dritte Parlamentarier war vorher im Staatsdienst tätig. Ein reines Beamtenparlament ist der Bundestag dennoch nicht, denn insgesamt sind mehr als 100 verschiedene Berufe in ihm vertreten.

An der Spitze der Berufsranliste liegen mit 143 oder gut 22 Prozent die Juristen. Besonders hoch ist der



Foto: FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag



Foto: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Neu im Bundestag (von links nach rechts): Die Abgeordneten Jan van Aken (Die Linke), Nicole Bracht-Bendt (FDP) und Agnes Krumwiede (Bündnis 90/Die Grünen)**

**„Die Wähler wissen ebenso gut wie wir, manchmal vielleicht sogar besser, dass wir nicht über Wasser gehen können. Deshalb sollten wir auch keinen anderen Eindruck vermitteln.“**

**Norbert Lammert (CDU)**

Juristenanteil mit rund 30 Prozent bei Union und FDP. Die meisten Juristen geben Rechtsanwalt als Beruf an, den viele auch neben dem Mandat ausüben. Zweitgrößte Berufsgruppe sind die Ingenieure (39), gefolgt von Volks- und Betriebswirten (37). Stark vertreten sind auch die Lehrer, bei denen die SPD die Nase vorn hat. Deutlich zugenommen haben die Abgeordneten mit Berufsangabe Journalist (15) und Gewerkschaftssekretär (14). Als Unternehmer bezeichnen sich 13 Parlamentarier. Rückläufig ist die Berufsbezeichnung Politologe (jetzt 17, bislang 28). Die Zahl der Ärzte (9) und Landwirte (11) ist im Vergleich zur vergangenen Wahlperiode etwa gleich geblieben. Dafür sank die Zahl der Pastoren: Im neuen Bundestag gibt es nur noch drei Seelsorger. Noch geringer ist die Zahl der klassischen Arbeiter. Neben dem wiedergewählten Maurer Anton Schaaf stieß bei der SPD als zweiter der Bergmann Michael Gerdes hinzu. Studenten können dagegen nicht klagen: Sie sind mit sechs Kommilitonen im Bundestag vertreten.

Zu den Farbtupfern im neuen Parlament gehört Nicole Bracht-Bendt. Die

FDP-Abgeordnete aus Buchholz in der Nordheide ist gelernte Tischlerin. Zwar übt sie ihren Beruf seit Jahren nicht mehr aus, weil sie sich in der Landespolitik und in der Betreuung alter und behinderter Menschen engagiert hat, aber einen „Stuhl bauen kann ich noch immer sehr gut“, sagt sie. Es sei etwas Schönes und Befriedigendes, ein selbst gebautes Möbelstück in der Hand zu halten. Deshalb komme auch in die gerade neu gebaute Garage wieder eine Hobelbank. Vor der Arbeit im Bundestag hat sie keine Manschetten: „Ich bin kein ängstlicher oder unsicherer Typ.“ Als Themen hat sie sich Frauen und Senioren auf die Fahnen geschrieben. Daneben ist sie Mitglied der Kinderkommission.

Auch Agnes Krumwiede dürfte den Bundestag bereichern. Denn das Motto der grünen Neuabgeordneten heißt: Mit Musik geht alles besser. Kein Wunder: Die 32-Jährige ist ausgebildete Konzertpianistin. Bis in den Wahlkampf hinein hat sie noch Konzerte gegeben, und sie findet: „Auch dem Bundestag könnte ein bisschen musischer Anflug nicht schaden.“ Die ersten Tage im Parlament waren für sie „zwar leicht chaotisch,



aber auch spannend: Ich mag es, in etwas Neues einzutauchen und neue Herausforderungen zu sehen.“ Dass sie dafür ihre Klavierschule in Ingolstadt auflösen muss, trägt sie mit Fassung. Die politische Arbeit komme nun eben an erster Stelle. Überdies: „Es gibt genug hervorragende Pianisten, wie Sand am Meer.“ Im Bundestag will sie sich für die Interessen der Künstler einsetzen. Viele von ihnen würden in prekären Verhältnissen leben. „Kulturelle Bildung“ für alle – und zwar von Kindesbeinen an – ist ihr weiteres zentrales Anliegen. Aber ausschließlich auf Kulturelles will sich die Bayerin nicht festnageln lassen. Schließlich sei sie keine Einspurpolitikerin. „Wir brauchen einen ökologischen und gesellschaftlichen Wandel.“ Und dafür sei Kultur „die Brücke für ein neues Denken.“

„Jetzt geht es darum, die Weichen für die Zukunft ganz neu zu stellen“, sagt der 48-jährige Biologe Jan van Aken, der neu für die Fraktion Die Linke im Bundestag sitzt. Der Mann weiß, wovon er spricht: Schon seit vielen Jahren ist er aktiv in der Friedens- und Abrüstungspolitik tätig. 1999 gründete

er das Sunshine-Projekt zur Ächtung biologischer Waffen; von 2004 bis 2006 war er Biowaffeninspekteur bei den Vereinten Nationen; bis Anfang 2009 arbeitete er als Gentechnikexperte bei Greenpeace International. Offenbar weiß auch seine Fraktion, was sie an ihm hat: Sie wählte den Newcomer aus dem Stand zu einem ihrer stellvertretenden Vorsitzenden. „Ich habe hier einen Superstart“, freut sich denn auch van Aken. Abgehoben wirkt er dennoch nicht: „Wenn ich hier im Bundestag unter dem Adler sitze, ist das schon etwas ganz Besonderes“, meint er fast etwas demütig. Für die nächsten vier Jahre hat er sich sehr konkrete Ziele gesetzt: „Richtig erfolgreich würde ich mich fühlen, wenn die Bundeswehr nicht mehr in Afghanistan ist und wir weniger Waffen exportieren würden als heute.“

Professoren gibt es eine ganze Reihe im Bundestag. Aber ein Professor für internationale Weinwirtschaft, wie sich beruflich der FDP-Mann Erik Schweickert nennt, ist denn doch eine Rarität. Sogar weltweit. Der 37-jährige Professor aus Pforzheim lehrt und forscht in Geisenheim (Rheingau) über alles,

was mit Wein zusammenhängt. Auch darüber, welcher Wein sich wo am besten verkaufen lässt. „Man muss die verschiedenen Geschmäcker kennen, wenn man international erfolgreich sein will“, sagt Schweickert. „Die Engländer lieben zum Beispiel eher schwere Rotweine, die Deutschen dagegen den fruchtigen Typ.“ Schweickert wuchs in der ältesten badi-schen Sektkellerei auf. Mit seiner Arbeit im Bundestag möchte er den deutschen Wein noch erfolgreicher machen – und ihn – wie viele andere Bereiche auch – von seiner Ansicht nach unnötigen staatlichen Regeln befreien.

Langweilig wird es bei so unterschiedlichen Talenten im neuen Bundestag wohl nicht. Und der CSU-Abgeordnete Reinhard Brandl, dem es anfangs nicht schnell genug gehen konnte mit der Arbeit im Bundestag, ist inzwischen auch zufrieden: Seine Fraktion hat ihn in seinen Wunschausschuss Bildung und Forschung geschickt. „Jetzt kann ich endlich mit der inhaltlichen Arbeit beginnen“, freut sich der Bayer. Die ersten Termine mit kompetenten Gesprächspartnern stehen schon in seinem Terminkalender.

Sönke Petersen ■



Foto: DBT/Marc-Steffen Unger



Bundestagspräsident Norbert Lammert im Gespräch

# „Herz der politischen Willensbildung“

Norbert Lammert ist ein Freund der klaren Worte: Nicht Hilfsorgan sei das Parlament, sondern „Herz der politischen Willensbildung in unserem Land“, sagte er zur Eröffnung des 17. Deutschen Bundestages. Im Gespräch mit Blickpunkt Bundestag verrät der wiedergewählte Bundestagspräsident, wie er die Rolle des Parlaments interpretiert, was er von Drucksachenrekorden hält und warum er das Florett dem Säbel vorzieht.



Foto: DBT/Marc-Steffen Unger

**Blickpunkt Bundestag:** Herr Präsident, Sie haben in Ihrer Eröffnungsrede zum 17. Bundestag Klartext gesprochen, etwa, dass sich der Bundestag in Sachen Selbstbewusstsein nicht hinter anderen Verfassungsorganen verstecken sollte: Der Bundestag sei nicht Hilfsorgan, sondern Herz der politischen Willensbildung in diesem Land. Warum erschien Ihnen der Anstoß notwendig?

**Norbert Lammert:** Diese Bemerkung war mindestens so sehr nach innen wie nach außen gerichtet. Denn es gibt unverändert eine deutlich unterschiedliche Wahrnehmung der Öffentlichkeit, insbesondere der Medien, mit Blick auf die Relevanz unserer Verfassungsorgane: Die Regierung dominiert die mediale Berichterstattung; im Vergleich dazu wird das Parlament nur nachrangig wahrgenommen. Neben dem Blick auf das Selbstverständnis sind mir aber auch einige selbstkritische Bemerkungen zur Arbeitsweise des Bundestages wichtig, die im nicht auflösbaren Zusammenhang mit dieser öffentlichen Wahrnehmung stehen.

**Blickpunkt:** Und auf die wir gleich noch zu sprechen kommen. Aber zunächst: Zeigt der Bundestag zu selten die Kraft, die er verfassungsmäßig hat?

**Lammert:** Offensichtlich jedenfalls zu selten auffällig. Da liegt auch ein Teil des Problems. Es wäre ja niemandem ernsthaft geholfen, wenn zur Kompensation glücklicherweise nicht vorhandener Minderwertigkeitskomplexe nun ein Wettbewerb parlamentarischer Kraftmeierei stattfände. Aber es muss schon klar sein, dass in unserem politischen System nicht die Regierung der eigentliche Gesetzgeber und das Parlament der Gesetznehmer ist, sondern dass die legislativen Zuständigkeiten genauso eindeutig beim Parlament liegen wie die exekutiven bei der Regierung.

**Blickpunkt:** Sind die Abgeordneten zu pflegeleicht für die Regierung?

**Lammert:** Auf diese Frage würde Ihnen vermutlich jeder Regierungschef antworten: Schön wär's. Interessanterweise empfinden die Regierungen regelmäßig die Abgeordneten alles andere als pflegeleicht und mit Blick auf das Fragerecht oft als außerordentlich lästige Partner.

**Blickpunkt:** In der letzten Wahlperiode gab es Rekorde bei der Zahl der Gesetze,

der Redebeiträge, der Drucksachen – erstickt der Bundestag im eigenen Fleiß?

**Lammert:** Jedenfalls besteht dieses Risiko. Wir müssen nicht von einer Legislaturperiode zur nächsten jeweils neue Rekorde in der Produktion von Drucksachen aufstellen. Insofern bin ich auf den Drucksachenrekord der letzten Legislaturperiode nicht besonders stolz, wohl aber darauf, dass es am Ende dieser Wahlperiode zum ersten Mal weniger Gesetze und Verordnungen gibt als zu Beginn. Die Leistungsfähigkeit eines Parlaments bemisst sich nicht an der Zahl der von ihm verabschiedeten Gesetze.

**Blickpunkt:** Sind die Abgeordneten zu stark auf ihre Fachgebiete fixiert? Fehlt es manchmal an der großen Sicht, der leidenschaftlichen Debatte?

**Lammert:** Nein, das ist mein Eindruck nicht. Wir haben notwendigerweise ein arbeitsteilig organisiertes Parlament. Wäre dies nicht so, wäre es wirkungslos. Aber kein Abgeordneter kann sich erlauben, sich in seine Fachzuständigkeit zu vergraben. Jeder Sozialpolitiker, Außenpolitiker, jeder Kulturpolitiker vertritt einen Wahlkreis, ob direkt oder indirekt gewählt, und die Wählerinnen und Wähler aus dem Wahlkreis wenden sich mit ihren Problemen an ihn. Dabei spielt die fachliche Spezialisierung aus deren Sicht eine nachrangige Rolle.

**Blickpunkt:** Worin könnte sich mehr parlamentarisches Selbstbewusstsein konkretisieren? Bei der Fragestunde oder der Ministerbefragung? Immerhin zwei Kontrollinstrumente, die im Bundestag zu langweiligen Routineveranstaltungen degeneriert sind. Besucher verstehen meist nur Bahnhof.

**Lammert:** Für mich ist die Gestaltung der Fragestunde die wichtigste einzelne Baustelle auf dem Weg zu einer Verbesserung der Wahrnehmung unserer parlamentarischen Arbeit. Dass die Besucher bei der Fragestunde oft nicht wissen, worum es geht, hängt auch mit dem Ärgernis zusammen, dass die Fragen zwar beantwortet, aber nicht mehr gestellt werden. Dem will ich dadurch abhelfen, dass wir an den beiden Stirnseiten des Plenarsaals große Bildschirme aufstellen, auf denen die Zuschauer nicht nur erfahren, wer gerade mit welcher Parteizugehörigkeit redet, sondern auch,

um welches Thema es geht. Da könnten dann auch die Fragen eingeblendet werden, die gerade zu beantworten sind. Ich hoffe, dass wir möglichst bald darüber Einvernehmen erzielen. Insgesamt aber bekenne ich, dass die Vitalität unserer Fragestunde nicht nur hinter manchen Vorbildern anderer Parlamente zurückbleibt, sondern auch hinter meinen eigenen Vorstellungen und Erwartungen.

**Blickpunkt:** Sie denken wohl an das britische Unterhaus. Dort gehört die Ministerbefragung zu den Sternstunden des Parlaments, auch und weil der Premierminister und die Minister Rede und Antwort stehen. Bei uns sind es meist

## „Kein Abgeordneter kann sich erlauben, sich in seine Fachzuständigkeit zu vergraben.“

die Parlamentarischen Staatssekretäre. Könnte das ein Vorbild für uns sein?

**Lammert:** Grundsätzlich ja. Aber für diese wie andere mögliche Veränderungen gilt, dass man dafür eine veränderungswillige Mehrheit braucht ...

**Blickpunkt:** ... die ein selbstbewusstes Parlament ja aufbringen könnte.

**Lammert:** So ist es. Deshalb spreche ich ja auch das Selbstbewusstsein nicht als rhetorische Floskel an. Ich hoffe, dass bei meinen anstehenden Gesprächen mit den Fraktionen das Ziel erreicht wird, notwendige Änderungen nun wirklich anzupacken.

**Blickpunkt:** Mangelndes Selbstbewusstsein nach innen hat nach außen mangelndes Ansehen zur Folge. Was kann der Bundestag tun, um in der Öffentlichkeit besser dazustehen?

**Lammert:** Zunächst fällt mir hier die große Diskrepanz zwischen dem Ansehen des Bundestages im Ausland und im Innern auf. Der Bundestag genießt außerhalb unserer Landesgrenzen einen

überragenden Ruf; während wir immer wieder über notwendige Verbesserungen nachdenken, wird er anderswo als leuchtendes Beispiel für ein gut funktionierendes Parlament herangezogen. Ich glaube nicht, dass das Ansehen der Verfassungsorgane nur von deren Arbeitsweise abhängt, aber dass die Wahrnehmung eines Parlamentes auch mit den parlamentarischen Abläufen und Erkennbarkeit zu tun hat, daran habe ich keine Zweifel.

**Blickpunkt:** Mit Blick auf den häufig nur mäßig besetzten Plenarsaal sagen viele Bürger, die Abgeordneten nehmen den Bundestag ja selber nicht ernst ...

**Lammert:** Dieser Vorwurf ist so alt wie der Parlamentarismus. Ich weise immer darauf hin, dass die Parlamente nur in jenen Ländern immer voll sind, wo sie nichts zu sagen haben. Wo ernsthaft arbeitsteilig gearbeitet wird, kommt es natürlich auch zu unterschiedlicher Präsenz im Plenum, aber es handelt sich hier zweifellos um ernst zu nehmende, einflussreiche Parlamente. Besuchergruppen beklagen sich regelmäßig über die mangelnde Präsenz, wenn sie aus einem nicht voll besetzten Plenum zu einem Gespräch mit ihrem Abgeordneten kommen, und legen dabei zugleich größten Wert darauf, dass ihr Abgeordneter nun mit ihnen redet und nicht gleichzeitig unten im Plenarsaal sitzt.

**Blickpunkt:** Herr Präsident, Sie haben einen Vorstoß für eine fünfjährige Wahlperiode unternommen? Warum?

**Lammert:** Dieser Vorstoß ist nicht neu und auch nicht unumstritten. Aber ich sehe drei Aspekte, die für ihn sprechen: Erstens: Inzwischen ist die vierjährige Legislaturperiode die Ausnahme. In Deutschland haben fast alle Landesparlamente eine fünfjährige Periode, viele unserer Nachbarländer auch. Zweitens: Nirgendwo in Europa wird so oft und regelmäßig gewählt wie in Deutschland: Bürgermeister, Oberbürgermeister, Landräte und Stadträte, Mitglieder des Kreistages, des Landtages und des Bundestages und des Europäischen Parlaments. Drittens: Daraus nährt sich die Klage, in Deutschland werde pausenlos gewählt, aber nicht mehr regiert. Insofern spricht schon einiges dafür, durch eine Anpassung der Legislaturperiode des

Bundes an die anderer Parlamente im Ergebnis mehr als nur ein Viertel der zusätzlichen Arbeitszeit zu gewinnen.

**Blickpunkt:** Bislang wurden als Kompensation für eine längere Wahlperiode stets stärkere plebiszitäre Elemente eingefordert. Warum tun Sie das nicht?

**Lammert:** Natürlich gibt es Argumente dafür oder dagegen. Ich persönlich bin kein Anhänger einer plebiszitären Öffnung. Die Erfahrungen mit der Beteiligung an Bürgerbegehren und Volksentscheiden auf kommunaler wie auf Landesebene sind durchaus ernüchternd. Deshalb würde ich an der Stelle keine politischen Geschäfte machen.

**Blickpunkt:** Aber bei der Zulassung von Parteien zu Wahlen besteht Handlungsbedarf?

**Lammert:** So ist es. Ich finde die Regelung, die wir haben, zwar sehr praktisch, was etwa die Zurückweisung von Wahlvorschlägen anbetrifft, aber einer reifen Demokratie nicht wirklich angemessen. Deshalb sollten wir zu einer liberaleren Regelung kommen.

**Blickpunkt:** Herr Präsident, in der letzten Wahlperiode dominierte die Große Koalition. Nun gibt es wieder eine zah-

lenmäßig große Opposition. Wird das die Debattenkultur verändern?

**Lammert:** Die Heftigkeit der Auseinandersetzungen steht in keinem Kausalzusammenhang zur Größe der Fraktionen. Aber klar ist, dass die veränderten Mehrheitsverhältnisse eine veränderte Rollenverteilung nach sich ziehen und sich über die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse hinaus Fragen nach der Zukunft unseres Parteiensystems stellen. Diese Doppelperspektive könnte die Legislaturperiode besonders spannend machen.

**Blickpunkt:** Die erste Debatte im neuen Bundestag war schon recht lebhaft. Werden Sie persönlich weiter eher mit dem Florett als dem Säbel die Kontrahenten zur Räson bringen?

**Lammert:** Ich habe in den vergangenen Jahren nie den Eindruck gehabt, dass ich mit meinem Florett den gelegentlich ausbrechenden „rhetorisch-kriegerischen Handlungen“ nicht hätte beikommen können. Deshalb ist auch für die Zukunft nicht mit einer anderen Waffengattung zu rechnen.

**Blickpunkt:** Mit 84,6 Prozent der Stimmen wiedergewählt zum protokollarisch

zweiten Mann im Staate – ist Norbert Lammert ein glücklicher Mensch?

**Lammert:** Also meine Zufriedenheit und meine Freude über die Wiederberufung in dieses Amt wären auch dann ungetrübt gewesen, wenn es nicht erstaunliche 85 Prozent gewesen wären. Dass selbst nach einer Amtszeit, in der man ja notwendigerweise nicht nur jedem Kollegen Freude gemacht haben kann, eine solche Zustimmung quer durch alle Fraktionen erfolgte – das hatte ich nicht erwartet.

**Blickpunkt:** Letzte Frage: Was hat Berlin mit Bochum gemeinsam?

**Lammert:** Leider müssen sich beide Städte begründete Sorgen über die Überlebensaussichten ihrer Bundesligavereine machen.

**Blickpunkt:** Haben Sie präsidentalen Trost? Könnte der Bundestag helfen?

**Lammert:** Nur sehr begrenzt. Ich fürchte, dass das gut gemeinte Angebot, in Zukunft statt in der Fußballmannschaft des Deutschen Bundestages zu spielen in die Mannschaft von Hertha BSC oder VfL Bochum zu wechseln, der Malaise nicht wirklich Abhilfe verschaffen würde.

*Interview: Sönke Petersen* ■



## Das Präsidium des Deutschen Bundestages

# Kollegialität und Konsens

**Die Mitglieder des Bundestagspräsidiums, allen voran der Bundestagspräsident, sind nicht nur regelmäßig sich abwechselnde Vorsitzende in den Plenardebatten. Sie achten auf die Stellung und das Ansehen der Volksvertretung und kümmern sich gemeinsam mit dem Ältestenrat um die Funktionsfähigkeit des Parlaments und seiner Verwaltung.**

**BLICKPUNKT BUNDESTAG stellt die Aufgaben des Präsidiums und seine Mitglieder vor.**

**K**ollegialität und Konsens – an diesen Prinzipien orientiert sich das Präsidium des Deutschen Bundestages. Es besteht aus dem Bundestagspräsidenten und den fünf von den fünf Fraktionen vorgeschlagenen Vizepräsidenten. Gewählt werden sie in geheimer Wahl für die Dauer der gesamten Wahlperiode. Der Präsident und seine Stellvertreter leiten abwechselnd die Plenarsitzungen und sind schon durch diese wichtige Funktion für die Bürger die sichtbaren Repräsentanten des Parlaments.

Das Präsidium, das in jeder Sitzungswoche tagt, wirkt mit bei allen Fragen, die die Leitung des Hauses betreffen, und fällt die wesentlichen Personalentscheidungen bei der Verwaltung des Bundestages. Da sich das Präsidium als kollegiales Beratungsorgan versteht, agiert der Präsident in der Praxis als Primus inter Pares, als erster unter Gleichen. Im Zweifelsfall aber gibt seine Stimme den Ausschlag. Denn er vertritt den Bundestag nach außen, ist protokollarisch der zweite Mann im Staate. Im Namen des Bundestages vereidigt er den Bundespräsidenten, den Bundeskanzler und die Bundesminister. Der Präsident ist oberster Dienstherr der Bundestagsmitarbeiter und übt das Hausrecht und die Polizeigewalt in den Parlamentsgebäuden aus.

### Norbert Lammert

In seinem Büro sitzt er vor einem imposanten Kunstwerk. „Seiltänzer“ heißt das Doppelwerk des Malers Heinrich Brockmeier und der Bildhauerin Uschi Klaas. Über den Parteien schweben, Balance halten – das sind auch die Aufgaben von Norbert Lammert, der für vier weitere Jahre zum Bundestagspräsidenten gewählt wurde.

Souverän, humorvoll und sprachlich elegant – so hat der 61 Jahre alte Doktor der Sozialwissenschaften bislang sein Amt ausgeübt. Und dabei soll es auch bleiben. Florett statt Säbel, lautet seine Devise. Dass auch Florettstiche schmerzlich sein können, nimmt er in Kauf. Denn beliebig will der CDU-Mann aus Bochum nicht sein. Wer den Bundestag als oberstes Verfassungsorgan nicht ernst nimmt, bekommt die Schärfe des Präsidenten zu spüren. Musik, Fußball, Literatur – das sind die Interessen, die Norbert Lammert versucht, neben seinem Job als zweiter Mann im Staate im Auge zu behalten. Als „homo politicus“ versteht er sich, als jemand, für den Politik immer aus mehr besteht als aus Fach- und Parteipolitik. Würden die 622 Abgeordneten Instrumente spielen, wäre er wohl als deren Dirigent ein glücklicher Mann.

**Mehr zur Person:**  
[www.norbert-lammert.de](http://www.norbert-lammert.de)

### Gerda Hasselfeldt

Politik liegt ihr im Blut. Schon ihr Vater, ein Gastwirt und Metzgermeister aus dem bayerischen Straubing, saß 18 Jahre lang im Bundestag. Da ist es kein Wunder, dass auch Gerda Hasselfeldt in die Politik strebte. Seit 1987 ist die studierte Volkswirtin und Mutter zweier erwachsener Kinder für die CSU Bundestagsabgeordnete. In Parlament und Bundesregierung machte sie rasch Karriere: 1989 wurde sie Bauministerin, zwei Jahre später übernahm sie das Gesundheitsressort. Später war sie finanzpolitische Sprecherin ihrer Fraktion, im Jahr 2002 rückte sie als Fraktionsvize in die engere Fraktionsführung auf. Mit ihrer Wiederwahl zur Vizepräsidentin gehört Gerda Hasselfeldt schon die zweite Legislaturperiode dem Bundestagspräsidium an.

**Mehr zur Person:** [www.hasselfeldt.de](http://www.hasselfeldt.de)

### Wolfgang Thierse

Vom Präsidentenstuhl ist er kaum noch wegzudenken: Seit 1998 sitzt Wolfgang Thierse, wortmächtiger SPD-Abgeordneter aus Berlin, dem Bundestag vor, zunächst sieben Jahre als Präsident, seit 2005 als Vizepräsident. In Breslau geboren, wuchs der Katholik in Thüringen auf, später studierte er in Berlin Germanistik und Kulturwissenschaft. Im Herbst 1989 schloss sich Thierse dem „Neuen Forum“ an, später wurde er Vorsitzender der Ost-SPD. Als sprachgewaltige „Stimme der Ostdeutschen“ versteht sich der 66-Jährige auch heute



Weitere Infos zu den Aufgaben und Mitgliedern des Präsidiums unter:  
[www.bundestag.de/bundestag/praesidium](http://www.bundestag.de/bundestag/praesidium)

noch. Aber sein kritischer Blick reicht weiter: Wo immer er die Demokratie in Gefahr sieht, steht Wolfgang Thierse auf der Barrikade.

**Mehr zur Person:** [www.thierse.de](http://www.thierse.de)

### Hermann Otto Solms

Sein Traum wäre wohl das Finanzministerium gewesen. Aber als erfahrener Parlamentsroutinier weiß Hermann Otto Solms, dass Politik eine unsichere Größe ist. Seit elf Jahren ist der Liberale, der eigentlich Prinz zu Solms-Hohensolms-Lich heißt, Mitglied im Präsidium des Deutschen Bundestages – hoch geachtet in allen Lagern. Bisweilen wirkt der 69-Jährige etwas trocken, aber wer ihn als passionierten Motorradfahrer erlebt hat, weiß, dass dem Vater dreier Töchter nichts im Leben fremd ist. In seiner FDP arbeitete er sich vom Steuer- und Finanzreferenten bis zum Fraktionsvorsitzenden (1991–1998) hoch. Über

17 Jahre lang wacht er parallel als Schatzmeister über die Finanzen der FDP.

**Mehr zur Person:**  
[www.hermann-otto-solms.de](http://www.hermann-otto-solms.de)

### Petra Pau

Mit ihren roten Strubbelhaaren wirkt Petra Pau noch immer wie eine jugendliche Protestlerin. Dabei gehört die 46-jährige Lehrerin für Deutsch und Kunsterziehung längst zu den etablierten Kräften im Bundestag. Viermal holte die Linke-Politikerin in Berlin ein Direktmandat für ihre Partei – ein bemerkenswerter Rekord. Als die PDS 2002 an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte, hielt sie zusammen mit ihrer Parteifreundin Gesine Lötzsch einsam, aber konsequent die Fahne ihrer Partei im Bundestag hoch. Respektiert von allen Seiten leitet sie seit 2006 souverän und unaufgeregt die Sitzungen des Bundestages.

**Mehr zur Person:** [www.petrapau.de](http://www.petrapau.de)

### Katrin Göring-Eckardt

Sie ist mit 43 Jahren die jüngste der fünf Vizepräsidenten. Politisch hat sich die studierte Theologin und Mutter zweier Söhne aber schon frühzeitig engagiert: 1989 gehörte Katrin Göring-Eckardt zu den Gründungsmitgliedern der Bürgerbewegungen von „Demokratie jetzt“ und „Bündnis 90“. 1998 zog die grüne „Reala“ in den Bundestag ein. Nur vier Jahre später stieg sie zusammen mit Christa Sager zur Fraktionschefin der Grünen auf. 2005 wurde sie erstmals zur Vizepräsidentin gewählt. Seit Mai 2009 ist Katrin Göring-Eckardt zugleich Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland und designierte Präsidentin des 33. Deutschen Evangelischen Kirchentages.

**Mehr zur Person:**  
[www.goering-eckardt.de](http://www.goering-eckardt.de)

Sönke Petersen ■



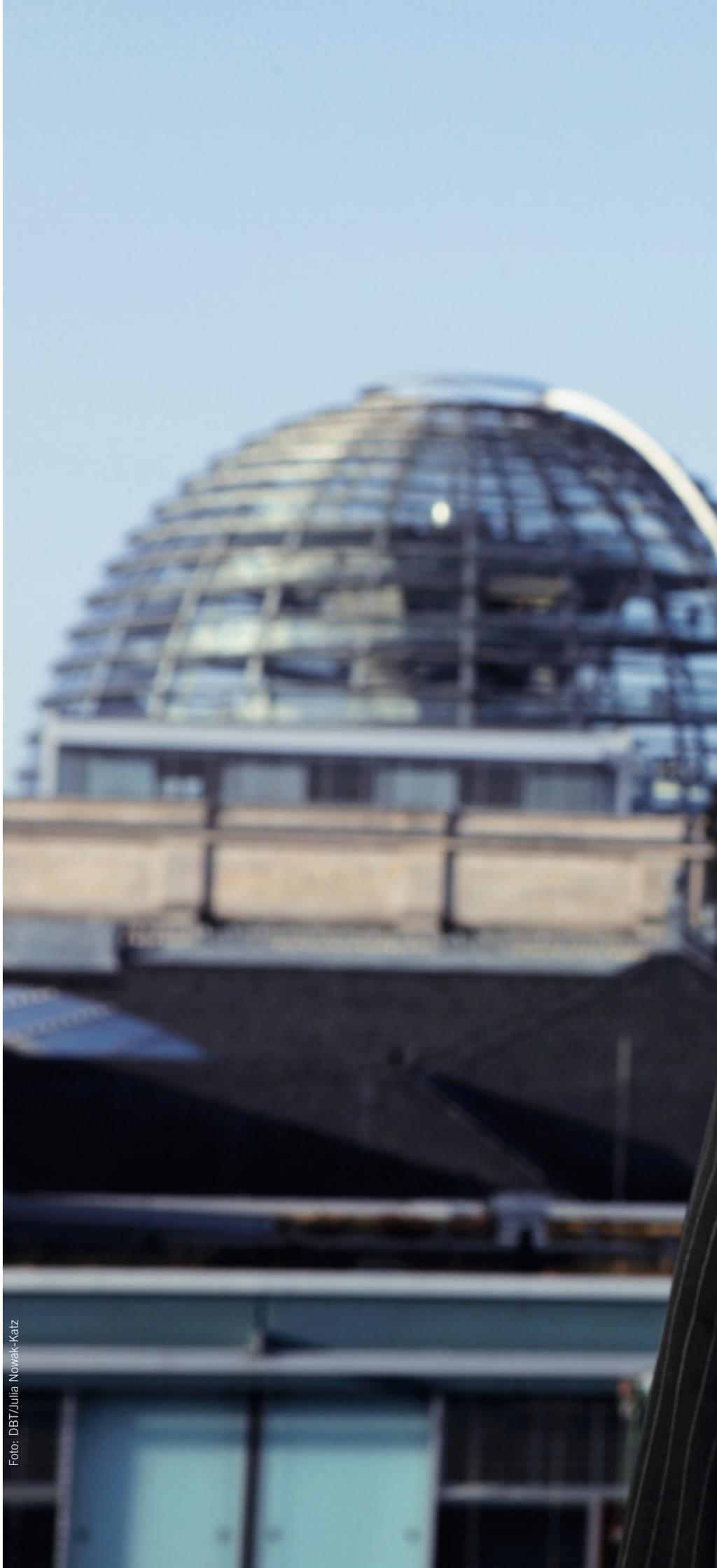
Foto: DBT/Lichtblick/Achim Meide

Das Präsidium des 17. Deutschen Bundestages (von links): Gerda Hasselfeldt (CDU/CSU), Hermann Otto Solms (FDP), Petra Pau (Die Linke), Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU/CSU), Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) und Wolfgang Thierse (SPD)

**N**ein, Moped fährt er nicht, damit geht es schon mal los, sondern ein echtes Motorrad, eine Kawasaki LTD, gekauft, als er gerade volljährig wurde, für 3.000 Mark, und jetzt noch einmal durch den TÜV gebracht. Patrick Sensburg, 38, Professor an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, Hauptmann der Reserve, Lions-Club-Anstecknadel im Revers, gehört zu den 73 neuen Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU-Fraktion, direkt gewählt mit 51,7 Prozent der Erststimmen, ein beachtliches Ergebnis.

Doch Sensburg hat ein Problem, das zugleich eine Chance ist: Es heißt Friedrich Merz. Der Neue folgt einem der bekanntesten CDU-Politiker des ausgehenden Jahrzehnts, dem angesehenen Fraktionsvorsitzenden im Bundestag der Jahre 2000 bis 2002. Merz holte 15 Jahre lang Mehrheiten für die CDU im Hochsauerland, einem der größten Wahlkreise Deutschlands, den Sensburg jetzt übernommen hat. Sechs Prozentpunkte weniger als sein berühmter Vorgänger fuhr er ein und erklärt das „zu einem großen Teil mit dem allgemeinen Bundestrend“, wie er sagt.

Sensburg ist neu in Berlin, hat gerade eine Wohnung in Charlottenburg gefunden, sein Parlamentsbüro bezogen, die ersten Mitarbeiter eingestellt. Jetzt geht es darum, sich ein eigenes Profil zu erarbeiten und ein Netzwerk aufzubauen. Die ersten Termine sind absolviert: Kollegen, Journalisten, Lobbyisten



A portrait of Patrick Sensburg, a man with short brown hair and a slight smile, wearing a black turtleneck and a dark pinstriped suit jacket. He is standing in front of the Reichstag dome in Berlin, with the German flag visible in the background under a clear blue sky.

Patrick Sensburg

# Schwieriges Erbe

Der Abgeordnete Patrick Sensburg, 38, vertritt seit Oktober den Hochsauerlandkreis im Deutschen Bundestag und bringt alles mit, was man für eine Karriere in der Politik braucht. Wenn da nur nicht sein prominenter Vorgänger wäre.



Foto: DBT/Julia Nowak-Katz

kennenlernen, sich auf Empfängen sehen lassen, Hände schütteln und dann weiter zum nächsten Termin, vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft zu einem Stiftungsforum. Und bei allem den Wahlkreis nicht vergessen! Die ersten Wochen in der Hauptstadt sehen bei vielen neuen Abgeordneten so aus. Auch wenn Sensburg findet, dass dieses Einführen in die politische Gesellschaft manchmal ziemlich unübersichtlich abläuft: „Wenn ich mich mit einem Gesprächspartner konzentriert und ergebnisorientiert unterhalten möchte, funktioniert dies oft besser in kleinem Kreis.“

Manches wirkt noch etwas ungenau, etwa wenn er von seinem Büro eine Pressemappe zusammenstellen lässt, in der sich Ausschnitte aus Lokalzeitungen finden: Berichte über eine Chinareise und den Antrittsbesuch beim Bischof. „Sensburg betonte, dass die Politik der nächsten Jahre auf Zukunft angelegt sein müsse“, heißt es in einem. Er will damit zeigen, wie sehr er sich kümmert um seine Region, dass ihm der Mittelstand wichtig ist, dass man ihn dort kennt, den stellvertretenden Bürgermeister seiner Heimatstadt Brilon, der ab 2004 die CDU-Fraktion im Rat führte. Kommunalpolitik kann er, das macht ihm Spaß. Und bei jemandem, der neben seinem Jura-Staatsexamen auch noch eine politikwissenschaftliche Magisterarbeit über Bürgerämter geschrieben hat, klingt das nicht nach einer Floskel. Begeistert erzählt er von Firmenbesuchen, bei denen ihm Hydraulikpumpen und Titanschmelzöfen vorgeführt werden. Was ihm die regionalen Unternehmer sagen, hat er sich zu eigen gemacht: „Unsere Mittelständler und Unternehmer wollen in erster Linie keine Subventionen, sondern weniger Bürokratie“, sagt er. Und dann ist er

**Zur Person:** Patrick Sensburg, geboren 1971, ist seit 2009 Mitglied der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Der promovierte Jurist ist Professor an den Fachhochschulen des Bundes für öffentliche Verwaltung und an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen.

schnell bei Werten wie Freiheit und Verantwortung. Sagt, dass „die Wünsche nicht in den Himmel wachsen dürfen“, dass nicht jede Gemeinde ein Schwimmbad braucht.

### Mit 35 Professor

Zu komplex sei das Steuersystem, es müsse einfacher gestaltet werden, solche Dinge sagte er, will seine Ideen aber nicht mit dem Wort „Bierdeckel“ überschreiben.

Sensburg würde gern an diese konservativen und marktliberalen Positionen anknüpfen, ohne jedoch in Verdacht zu geraten, den erfahrenen Vorgänger nachzuahmen. Zumal er ähnlich zielstrebig ist: Mit 35 wird niemand Professor, der sich gerne ausruht. Einen Reformkonservativen nennt er sich. „Ich bin nicht der politische Ziehsohn von Friedrich Merz, und ich will auch nicht so wahrgenommen werden“, sagt Sensburg. Zugleich lenkt der prominente Vorgänger Aufmerksamkeit auf den Neuankommeling – und gibt bisweilen mal einen Rat per SMS oder kurzem Anruf. Schließlich besuchten schon die Väter Merz und Sensburg dieselbe Schule; man kennt sich seit Langem, man unterstützt sich. Als Merz 1989 für das Europaparlament kandidiert, klebt Sensburg Plakate. Als Sensburg 2009 in den Bundestag will, spricht Merz bei seinen Auftritten.

Kompliziertes einfach erklären, zum Schlagwort verdichten, was Merz beherrscht wie wenige, das traut sich Sensburg auch zu. Im Wahlkampf, bei seinem Vortrag vor dem CDU-Wirtschaftsrat in Arnsberg, spricht Sensburg von der „SED“, wenn er die Linkspartei meint und vor der rot-rot-grünen Gefahr warnt. Allerdings zünden seine Sprüche noch nicht so wie beim Vorgänger. Die älteren Herren im Publikum nicken zwar bei seinem Plädoyer gegen den Mindestlohn, doch Applaus gibt es nur zum Schluss, und der fällt eher höflich aus.

Mit 15 trat er in die Junge Union ein, damals, als Helmut Kohl regierte. In Brilon wurde heftig darum gestritten, ob hier Europas größtes Spanplattenwerk entstehen darf. Sensburg war dafür, wegen der Arbeitsplätze. Nach dem

Abitur ging er zur Bundeswehr, wartete auf einen Studienplatz. Um die Zeit sinnvoll zu nutzen, absolvierte er den Offizierslehrgang; heute ist er einer von 34 Reservisten im Bundestag. Bewundernd spricht er vom „Kanzler der Einheit“ und von dessen phänomenalem Gedächtnis: In den 90er-Jahren stand Kohl bei einer Veranstaltung vor der Europahalle in Trier draußen an einem Imbiss, einen Becher Kaffee in der Hand. „Wir kennen uns doch“, sagte er, als er Sensburg sah, und ergriff dessen Hand. Sie waren sich Monate zuvor einmal zufällig über den Weg gelaufen. Zwar sieht Sensburg sich nicht als Enkel des Altkanzlers, aber mit dessen

**„Ich bin genauso wirtschaftsliberal wie Friedrich Merz, aber vielleicht noch etwas wertkonservativer.“**

Werten kann er viel anfangen, spricht im Wahlkampf von „christlicher Politik, orientiert an den Zehn Geboten“. Er sagt: „Ich bin genauso wirtschaftsliberal wie Merz, aber vielleicht noch etwas wertkonservativer.“

### Schatten und Licht

Merz bedeutet für Sensburg zweierlei: ein Schatten, aus dem es sich zu lösen gilt, und ein Scheinwerfer, der auf ihn, den Unbekannten, Licht wirft. Sensburg weiß das, und er versucht, damit zu spielen. Merz sprach in einem Interview einmal über seine vermeintlich wilde Jugend mit Motorrad und langen Haaren, ein Schulfreund gab jedoch später zu Protokoll, der Friedrich habe höchstens mal auf einem Moped gesessen. Deshalb erzählt Sensburg gern

davon, dass er tatsächlich ein Motorrad besitzt, das er selbst repariert und heute noch fährt – wenn er nicht gerade an seinem Triumph Spitfire rumschraubt, seinem zweiten Hobby. Wo Merz jung und wild sein wollte, gibt Sensburg augenzwinkernd den Kenner.

Als er während des Wahlkampfs ins Konrad-Adenauer-Haus kommt, spricht ihn eine Mitarbeiterin von Angela Merkel an: Es gebe noch gar kein gemeinsames Foto von ihm und der Bundeskanzlerin, das müsse man ändern. Sensburg freut sich über die Gelegenheit, ein paar Worte mit der Kanzlerin zu wechseln, deren Humor er schätzt. Ob sie ihn nicht einmal besuchen wolle im Wahlkreis, fragt er. Man müsse schauen, ob es terminlich klappt, antwortet sie, die natürlich weiß, dass er der Merz-Nachfolger ist. Und dann folgt seine Pointe: Er würde sich freuen, wenn die Kanzlerin mit ihm im Hochsauerland wandern gehen würde. Wer die Anspielung verstehen will, muss wissen: Friedrich Merz, der zeitweilige Merkel-Kontrahent, war einst im Sommer 2008 mit dem FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle medienwirksam zu Fuß in seinem Wahlkreis unterwegs; danach wurde spekuliert, ob Merz zu den Liberalen wechselt.

Vom Vorgänger profitieren, die Kanzlerin unterstützen, die schwarz-gelbe Koalition mittragen, trotzdem ein eigenes Profil gewinnen, für Sensburg ist das eine Gratwanderung, die er mit solchen Anspielungen zu meistern versucht. Und indem er sich raushält. Über das gespannte Verhältnis von Merz und Merkel will er mit seinem Vorgänger nie gesprochen haben. „Ich schätze die Bundeskanzlerin. Und ich schätze Friedrich Merz“, sagt er, „ich habe beide nie nach ihrem gegenseitigen Verhältnis gefragt.“ Äquidistanz hieß einst ein politisches Konzept der FDP, es meinte: gleichen Abstand zu CDU und SPD halten. Sensburgs Strategie im Umgang mit Merz und Merkel könnte man Äquinähe nennen. Auf seiner Internetseite lassen sich E-Cards versenden, zwei Motive stehen zur Auswahl: das gemeinsame Bild mit Merkel aus dem Wahlkampf – und ein gemeinsames Bild mit Merz.

Oliver Trenkamp ■



Friedrich Merz

# Abgang mit Ansage



Er galt als einer der besten Redner und profiliertesten Finanzexperten im Parlament: Friedrich Merz, zwischen 2000 und 2002 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, war ein Vorbild für all jene, denen damals vieles im Lande zu langsam voranging. Nach 15 Jahren hat er den Deutschen Bundestag verlassen.

Zurück von einer Fahrradwoche durch Schweden, braun gebrannt und gut gelaunt, konnte sich Friedrich Merz kurz vor den Bundestagswahlen gleich wieder heftig aufregen. Die CDU/CSU-Fraktion wurde 60 Jahre alt. Doch Merz durfte nicht reden. Dabei führte er die Fraktion einst, war von 2000 bis 2002 ihr hoch angesehener Vorsitzender. Man wollte offenbar keine letzte Merz-Rede. Man? „Die Dame“, so wird Bundeskanzlerin Angela Merkel von Merz und seinen Freunden in der CDU genannt. Für ihn ist es keine Frage, wer ihm den Schlusssauftritt nicht gönnt hat. So wird Merz' eigentliches Ausscheiden aus der Politik immer mit der nasskalten zweiten Februarwoche 2007 verbunden bleiben.

Am 5. Februar, es ist ein Montag, versendet das Bundestagsbüro Merz eine Pressemitteilung. Friedrich Merz werde zur Bundestagswahl 2009 nicht mehr antreten, steht darin. Aus beruflichen Gründen, aber „auch im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Politik der großen Koalition in Berlin und mit dem politischen Kurs der nordrhein-westfälischen Landespartei“ habe er so entschieden. Vier Tage nach dieser Pressemitteilung telefonieren Friedrich Merz und Angela Merkel miteinander. Es ist ein freundliches Gespräch, weil sie sich eigentlich nichts mehr zu sagen haben.

### Talentierte Aufmüpfen

Viele Rückzüge hatte Merz angekündigt in den Jahren zuvor, oft im Affekt, frisch verletzt; nicht jeden trat er wirklich an. Es hatte ihn stets getroffen, wenn es nach inhaltlicher Kritik am Kurs der CDU immer wieder nur hieß, der Merz-Schmerz bohre wieder in ihm. Er verwinde einfach nicht, dass Merkel als CDU-Vorsitzende ihn nach der verlorenen Bundestagswahl 2002 als Fraktionschef entmachtet habe. Seine Niederlage aber begann lange zuvor. „Talent“ nennen ihn die vielen Nachrufer, „Könner“ sagt niemand der politischen Zunft. Merz war ein aufrechter Aufmüpfen schon in der Schule, so gescheit und selbstsicher, dass ihm sogar sein Sitzenbleiben nicht den Stolz des Überfliegers stutzte. Der Vater, ein

Richter, lehrte ihn Forscherheit. Er sollte sagen, was er dachte. 1989 wurde Merz Abgeordneter des Europaparlaments, und weil er der Jüngste in Straßburg und Brüssel war, spielte er eine Sonderrolle. „Friedrich ließ sich nichts bieten“, erinnert sich ein alter Fahrensman aus Tagen der Jungen Union.

## Alles-oder-nichts-Mann

Schon als Jungabgeordneter legte sich Merz mit Kanzler Kohl an. Als der „Alte“, wie sie ihn nannten, Merz dann duzte, was Abgeordnete als „Abrüstungssignal“ und Friedensangebot werteten, verbat sich Merz das. Für Kohl war er fortan ein „frecher Lump“, was Merz nicht juckte. Hatte er nicht recht? Merz kämpfte von Anbeginn allein, gestützt nur auf seinen Hochsauerlandkreis und das eigene Selbstbewusstsein.

„Ich habe Friedrich Merz immer als grundloyal erlebt“, lobt Wolfgang Schäuble. Er war CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender im Bundestag, als Merz 1994 Abgeordneter wurde. Er übergab Merz die Finanz- und Steuerpolitik, machte ihn zu seinem Stellvertreter an der Fraktionsspitze.

„Er hat ein hohes Maß an Selbstbewusstsein, was auch heißt: Ein Übermaß an Demut hat er nicht“, sagt Schäuble rückblickend. „Er hatte keine Erfahrung mit Niederlagen gemacht bis 2002.“ Seine Freunde hatten diese Niederlage „wie eine Lawine“ kommen sehen und Merz gewarnt. Im Mai 2002, vier Monate vor der Bundestagswahl, ließ er sich auf einen Handel ein, der nicht gut gehen konnte. Er wollte Fraktionsführer bleiben.

Kanzlerkandidat Edmund Stoiber und CDU-Chefin Merkel vertrösteten ihn auf eine „gemeinsame Entscheidung“ am Tag nach der Wahl. Merz vertraute. Und er ging im Gegensatz zu Angela Merkel in Stoibers Schattenkabinett. „Damit hast du dich um den Fraktionssitz gebracht“, sagte Schäuble. Merz hatte sich freiwillig zum Flügelmann gemacht und auf den neoliberalen Außenposten gestellt. Angela Merkel hingegen schwebte darüber im Ungefahren, eine Kunst, die alle mit Führungsanspruch beherrschen. Merz hatte das Verbindende aufgegeben, das ihm als Fraktionschef durchaus

gelingen war. Unter seiner Führung haben wirtschafts- und der sozialpolitische Flügel der Unionsfraktion harmonisch zusammengearbeitet. Die Konservativen fühlten sich ihm ohnehin verbunden, seit er eine „deutsche Leitkultur“ gefordert hatte. Aber Merz hielt seine marktliberale Positionierung für konsequent und ehrlich. Viele Freunde sagten ihm deutlich, er könne den Fraktionsjob vergessen im Falle einer Wahlniederlage. „Da war Merz wieder Schussfahrer, der Alles-oder-nichts-Mann“, sagt einer von ihnen.

Merz sei kein Strategie, kein Taktierer, niemand, der einen Plan B ausheckt – weil doch Plan A besser sei. Andere erkennen im damaligen Anspruch von Merz auf den Fraktionsvorsitz sein eigentliches politisches Manko: Ihm fehle „protokollarisches Verständnis“.

**„Ich habe es  
nie gelernt,  
unverbindlich zu  
formulieren.  
Es tut mir leid –  
das kann  
ich nicht.“**

Merz akzeptiere keine Hierarchie, wenn er jene über sich für schwächer hält. Merz sieht das anders. Natürlich habe die Parteivorsitzende den Zugriff auf den Chefposten der Fraktion gehabt. Er habe es nach der Wahl nur bleiben wollen, schon um an möglichen Koalitionsverhandlungen teilzunehmen. Doch Merz gibt zu: „Vielleicht bin ich mehr als andere darauf angewiesen, dass die Chemie stimmen muss in einer Führungsmannschaft.“ Merz sei „zu stimmungsgeliebt“, brauche „ein Stück mehr Nehmerqualität“, sagte ausgerechnet Horst Seehofer, der im Bundestag lange Zeit neben Merz saß und von ihm nicht gemocht wurde. Die meisten in der Unionsführung sehen Merz rückblickend so. Merz fühlte sich 2002 zu verletzt, um unter Merkel weiterzuarbeiten. Alle riefen ihn aufgeregt an und zeigten Verständnis

für seine Wut. Doch so sei nun einmal die Kommandostruktur in der Truppe, Merkel ist Parteichefin, auch wenn es wehtut. „Fahnenflucht darf es nicht geben“, appellierte sein CDU-Präsidiumscollege, Exgeneral Jörg Schönbohm. Merz blieb, wurde einer von neun stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden

Sein Freund Roland Koch nennt ihn den „Antitypen eines Schwätzers“, dessen rhetorische Stärke ausschließlich fachlich begründet sei. Merz gehöre zu den brilliantesten Analytikern in der Union, der sein Leben lang verwöhnt gewesen sei, stets als „der Beste im Ring“ galt. Das habe es ihm so schwer gemacht. Er werde Finanz- oder Wirtschaftsminister im Kabinett Merkel, sagten im Frühjahr 2004 noch viele im Parteipräsidium, obwohl sie über das schlechte Verhältnis ihres Kollegen zur Chefin wussten. Merkel könne gar nicht auf ihn verzichten. Er sei nicht nur der Beste und Verständlichste, er sei auf diesen Feldern der Einzige von Format für die Union. Merz ist einer der besten Redner im Parlament, das sieht auch Angela Merkel so. Nur ein halbes Jahr später, im Oktober 2004, verkündet Merz, er wolle zum Jahresende als Fraktionsvorsitzender aufhören und das CDU-Präsidium verlassen. Merz' Ankündigung ist eine politische Bombe, die zündet. „Kann ich irgendetwas tun, damit du deinen Entschluss revidierst?“, fragt ihn Merkel. Nichts, antwortet Merz knapp.

Die Entscheidung, nicht wieder für den Bundestag kandidieren zu wollen, fällt Merz in aller Ruhe mit seiner Familie vor dem Weihnachtsbaum daheim in Arnsberg. Er wartet mit der Mitteilung sechs Wochen bis zur ersten Sitzung seines Kreisverbands im neuen Jahr 2007. Das politische Ende des Friedrich Merz wird in der „Tagesschau“ vermeldet wie der Tod eines Ufa-Stars, von dem man lange nichts mehr gehört hatte. Eine Sensation ist es nicht mehr.

## Mister Marktwirtschaft

Merz nimmt noch viele Sitzungen im Bundestag wahr und hegt seinen Hochsauerland-Wahlkreis mit dem Fleiß und der Fürsorge eines Kleingärtners. Nach Ausbruch der Finanzkrise im Herbst 2008 macht er noch Schlagzeilen mit

einer Provokation: Er veröffentlicht ein Buch mit dem Titel „Mehr Kapitalismus wagen“.

Merz war Mister Marktwirtschaft, der Held einer Generation Unzufriedener, der alles im Lande zu lahm und zu ängstlich voranging. Kaum eine Karriere in der deutschen Politik war steiler als die des unerschrockenen Aufsteigers. „Mir war Friedrich Merz als ein seltenes Talent aufgefallen in der Fraktion; ein großartiger Redner, blitzgescheit und messerscharf“, erinnert sich Schäuble. Merz schien alles zu haben, was nach ganz oben führt in der Politik: Intelligenz, Unermüdlichkeit, Redegabe, Mut – und auch gehörig Glück: Durch das Erdbeben der Ära Kohl, das auch Schäuble zunächst politisch begrub, wurde Merz Oppositionsführer, tagtäglich Herausforderer von Bundeskanzler Gerhard Schröder und dessen rot-grüner Koalition. Einer eben, dem die Kanzlerschaft zugetraut wird. Doch Merz ist gescheitert als Politiker. Das gibt er achselzuckend selbst zu. „In vielem, was ich für falsch hielt, war ich nicht bereit, mich anzupassen. Das war sicher nicht einfach“, sagt Merz. „Aber ich habe es nie gelernt, unverbindlich zu formulieren. Es tut mir leid – das kann ich nicht.“ Nun ist Merz längst ein Verblichener der Politik, obwohl er erst 54 Jahre alt ist. Bereut hat er es nicht: Er sei „heilfroh“, sagt Merz heute, „den Schnitt gemacht und den Schritt gewagt zu haben“ in sein neues Leben außerhalb der Politik.

*Wulf Schmiese* ■

**Zur Person:** Friedrich Merz, geboren 1955, zog seit 1994 stets als direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Hochsauerland in den Bundestag. Er war von 2000 bis 2002 Vorsitzender und von 1998 bis 2000 sowie von 2002 bis 2004 stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Der Jurist gilt als einer der profiliertesten Wirtschafts- und Finanzexperten seiner Partei. Große Aufmerksamkeit erhielt er 2003 für seinen Vorschlag einer radikal vereinfachten Einkommenssteuer („Bierdeckelsteuer“). Seit Juni 2009 ist Merz Vorsitzender des Vereins „Atlantikbrücke“.

Foto: DBT/Julia Nowak-Katz



Daniela Kolbe

# Die Sache



# mit dem „P“

**Daniela Kolbe ist eine der wenigen neuen SPD-Abgeordneten und die einzige unter 30. Als Jüngste nimmt sie sich die Freiheit, die Dinge beim Namen zu nennen: Gleich in der ersten SPD-Fraktionssitzung nach der verlorenen Bundestagswahl nahm sie kein Blatt vor den Mund.**

**E**s war das große „P“, mit dem Daniela Kolbe einst Ärger auslöste. Mit einem einzigen Buchstaben provozierte die junge Schülerin, stellte sie doch unbewusst den Arbeiter- und Bauernstaat DDR infrage. Als die Klassenleiterin in der Grundschule einmal fragte, wie die große Einheitspartei der DDR heiße, da antwortete Daniela Kolbe geradeheraus: „SPD“. Was die kleine Daniela schlicht verwechselt hatte, die SPD mit der SED nämlich, darauf kann sie heute ein wenig stolz sein. Zumal Daniela Kolbe seit wenigen Wochen jüngste Bundestagsabgeordnete ist – wenigstens in der SPD-Fraktion.

Die 29-jährige Leipzigerin verkörpert eine neue Generation in der ostdeutschen Sozialdemokratie. Geboren im thüringischen Schleiz, hat sie nur noch wenige Erinnerungen an die DDR. Den überwiegenden Teil ihres Lebens verbrachte sie im vereinigten Deutschland. Die oppositionellen Erfahrungen etlicher ihrer Parteifreunde sind ihr fremd; die Lebenswelt der bärtigen Pfarrer und Ingenieure, die es plötzlich in die Parlamente spülte, wohl auch. Neben der SPD/SED-Verwechslung zählt die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im Jahre 1986 zu den ersten politischen Ereignissen, an die sich Kolbe erinnern kann. Damals verbot ihr Vater, ein ökologisch engagierter Forstarbeiter, das Trinken von Milch „und riskierte einen Konflikt mit der Kindergärtnerin“, wie Daniela Kolbe berichtet.

## Zeltlager statt Juso-Seminare

Anders als die meisten ihrer Generation in der SPD wurde Daniela Kolbe nicht bei den Jungsozialisten (Jusos) politisch sozialisiert, sondern bei den unabhängigen, aber der Sozialdemokratie nahestehenden „Falken“. Damals, im Jahre 1996, besuchte Daniele Kolbe das Carl-Zeiss-Gymnasium in Jena, eine frühere DDR-Kaderschmiede. Noch heute schwärmt die junge Abgeordnete von den „tollen, selbstbestimmten Feriencamp“, bei denen die Kinder abstimmen durften, was sie unternehmen und wo es einen selbst verwalteten Kiosk gab. Zeltlager und Basisdemokratie also – statt Juso-Seminare und Theoriezirkel.

Diese kulturelle Erfahrung teilt Kolbe mit ihrem neuen Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel; auch er fand über die „Falken“ in die SPD.

Zum Studium ging Kolbe nach Leipzig, „da suchte und fand ich die Falken und wurde Vorsitzende“, wie sie geradezu selbstverständlich schildert. Physik studierte die naturwissenschaftlich-mathematisch begabte junge Frau in Leipzig (wie einst die heutige Bundeskanzlerin Angela Merkel). „Etwas Vernünftiges“ habe sie studieren wollen und entschied sich daher für Physik. Im vergangenen Jahr (2008) beendete Kolbe ihr Studium, eine „Turbo-Studentin“ also sei sich nicht gewesen, gibt sie lachend zu.

In Leipzig lockten schließlich noch andere Dinge als Quantenmechanik, Ionentransmissionen und Spektroskopie. Im Jahre 2002 trat Kolbe der SPD bei. Doch schon wenig später wurde ihre Mitgliedschaft auf eine harte Probe gestellt. Nur wenige Monate nach dem rot-grünen Wahlsieg jenes Jahres präsentierte Bundeskanzler Gerhard Schröder die „Agenda 2010“. Daniela Kolbe war entsetzt – und nahm mit den Jusos an Protesten gegen Schröders Arbeitsmarktreformen teil. „Mich hat damals nicht gewundert, dass so viele Menschen auf die Straße gegangen sind“, blickt sie auf diese politisch brisante Zeit zurück, „sondern dass sie es erst so spät getan haben.“

Heute sieht Kolbe in der „Agenda 2010“ einen Grund für den Niedergang ihrer Partei. Dem linken Flügel der SPD angehörend, plädiert sie dafür, sich von dieser Politik zu distanzieren. Für ihr Alter spricht sie auffällig ausführlich darüber, was für die Rentner etwa getan werden müsse – dass es wohl keine Rentnergeneration gab und geben wird, der es so gut geht wie den heutigen Rentnern, das ist von ihr nicht zu vernehmen.

### Kein Zuckerschlecken

Impuls für Daniela Kolbes politisches Engagement aber war ihr Einsatz gegen Rechtsextremismus, den sie „ein



ernstes Anliegen“ nennt. „Ich bezeichne Leute von der NPD als das, was sie sind: nämlich Nazis“, sagt Kolbe. Gerade in Sachsen ist das Thema Rechtsextremismus virulent. Die NPD betreibt eine Art Jugendarbeit und prägt eigene Milieus, etwa in der Sächsischen Schweiz. Erst jüngst wurde die NPD zum zweiten Mal in den Dresdner Landtag gewählt – ein Novum in der deutschen Parlamentsgeschichte.

Manches, was Daniela Kolbe schon immer für richtig hielt und als Teil des linken SPD-Flügels ausmachte, ist in ihrer Partei mittlerweile breiter Konsens. Stets etwa wandte sie sich gegen die einst von der großen Koalition angestrebte Teilprivatisierung der Deutschen Bahn.

Foto: DBT/Anke Jacob

#### Zur Person:

Daniela Kolbe, Jahrgang 1980, ist seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages und jüngste Abgeordnete der SPD-Fraktion. Von 2004 bis 2009 war die studierte Physikerin Vorsitzende der Leipziger Jusos. Kolbe ist Mitglied im Ausschuss für Bildung und Forschung.

Das war insofern pikant, weil Wolfgang Tiefensee als Verkehrsminister auch Kolbes Kollege als Bundestagskandidat in Leipzig war. „Ich war und bin gegen die Bahnprivatisierung und habe das Wolfgang Tiefensee auch gesagt“, berichtet Kolbe. „Ihn hat das nicht verwundert.“

Offener als andere in der SPD tritt Kolbe auch der Partei Die Linke gegenüber. „Mit einigen jüngeren Leuten von den Grünen und den Linken verstehe ich mich gut“, sagt sie. „Wir haben einen engen Draht und einen gemeinsamen kulturellen Hintergrund.“ Das unterscheidet sie von den meisten Leuten von der Jungen Union. Abgrenzungen von den Linken mag Kolbe nicht verstehen. „Ich habe kein Problem damit, mit jungen Grünen und Linken beim Bier darüber zu sprechen, was uns an der eigenen Partei stört.“ Doch was verbindet sie mit ihren Parteifreunden in der Sozialdemokratie, mit den in den 1970er- und 1980er-Jahren Geborenen? „Die Jungen in der SPD haben den Wunsch, die Gesellschaft zu gestalten“, antwortet Kolbe.

Der erste Bundestagswahlkampf der jungen Kandidatin Daniela Kolbe war alles andere als ein Zuckerschlecken. Die dümpelnden Umfragewerte der SPD, die miese Stimmung nach dem Europawahldesaster, die fehlende Machtperspektive, die Kritik an der Arbeit in der großen Koalition – all das löste Verzweiflung und Unzufriedenheit aus. Dennoch habe ihr der Wahlkampf „Spaß gemacht“, sagt Daniela Kolbe. Besonders die Diskussionen mit Jugendlichen, Vereinen, Verbänden und der Straßenwahlkampf seien „eine tolle Sache“ gewesen.

Am Tag der Wahl, am 27. September 2009, brach Daniela Kolbe mit ihren Eltern bei traumhaftem Wetter zu einem Spaziergang auf am Cospudener See, in der Nähe von Leipzig. „Ganz viele Menschen tummelten sich da“, erinnert sie sich – „und ich dachte nur: Wir werden eine miese Wahlbeteiligung bekommen.“ Genauso kam es. Daniela Kolbe verpasste, anders als ihr Vorgänger, das Direktmandat. Doch der vierte Platz auf der Liste der kleinen sächsischen SPD reichte für den Bundestag. „Abends im Rathaus war es eine merkwürdige Situation“, berichtet Daniela Kolbe. „Ab

22 Uhr etwa wurde ich beglückwünscht und freute mich, im Bundestag zu sein. Daneben aber sah ich unser miserables Ergebnis. Einen Grund zum Feiern also gab es eigentlich nicht.“

Die folgenden Tage und Woche waren kaum weniger schwierig. Am Dienstag nach der Wahl stieg die neu gewählte Abgeordnete in den ICE nach Berlin. Längst hatte sie sich dort schon bemerkbar gemacht, denn: „Es wirkte auf mich anmaßend, als Frank-Walter Steinmeier noch am Sonntagabend seinen Anspruch auf den Fraktionsvorsitz reklamierte.“ Daniela Kolbe meldete sich in der ersten Fraktionssitzung gleich zu Wort und äußerte ihre Kritik. Was sie bei Steinmeier als „anmaßend“ empfand –

**„Ich bezeichne Leute von der NPD als das, was sie sind: nämlich Nazis.“**

das empfinden bis heute Parteifreude als „Anmaßung“ Kolbes. „Heute muss ich sagen, dass Steinmeier eine wirklich gute Arbeit macht“, relativiert sie ihre eigenen Worte.

Daniela Kolbe ist nun Mitglied im Ausschuss für Bildung und Forschung. Hier will sie sich besonders dem Thema duale Ausbildung widmen. Ihre größte Befürchtung hinsichtlich ihres Abgeordnetenmandats? „Dass ich nicht mehr richtig Zeit zum Denken habe, dass die Papierberge einfach zu groß werden“, sagt sie nüchtern. „Berlin ist fast so schön wie Leipzig“, schwärmt sie über das neue Leben: „Ich mag die Vielfalt, das bunte Leben, dass die Stadt nicht so geleckert ist. Und die Direktheit der Berliner hat doch meistens etwas Erfrischendes.“

Daniel Friedrich Sturm ■



Ludwig Stiegler

# „No Sir, die Fraktion bin ich“

Ludwig Stiegler gilt nicht als Freund der leisen Töne. Doch im Parlamentsalltag konnte der frühere stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende auch anders. Dann kam der Anwalt zur Geltung, der dem Grundsatz „des Gebens und Nehmens“ folgt, der Standpunkte auslotet, vermittelt, Kompromisse aushandelt. Nach fast drei Jahrzehnten hat der Bayer mit dem roten Pullunder den Bundestag verlassen. Was macht einer wie er danach?

**„Ich freue mich auf  
das Reich der  
Freiheit – nach vielen  
Jahren im Reich der  
Notwendigkeit.“**

**S**elbst hochsommerliche Temperaturen haben Ludwig Stiegler nicht abgehalten. Ein Termin im Wahlkampf, im Juli. Es herrschen Schwüle und Hitze. Stiegler will eine Rede halten. Während andere ihr Sakko ablegen und die Ärmel aufkrepeln, trägt Ludwig Stiegler einen roten Pullunder – es handelt sich schließlich um sein Markenzeichen.

Es sind die letzten Wochen des 65-jährigen Sozialdemokraten im Bundestag. Für den neuen Bundestag hat Stiegler nicht mehr kandidiert. Acht Sternchen vor dem Namen im Abgeordnetenhandbuch „Kürschner“, acht Legislaturperioden also, sollen reichen. Die SPD-Fraktion verliert mit Stiegler eine markante Persönlichkeit, einen begeisterten Polemiker, einen Strippenzieher, eine wahrhafte „Type“, nicht zuletzt einen Mann, an dem sich in den eigenen Reihen die Geister scheiden. Stiegler nämlich polarisiert, er ließ und lässt niemanden kalt.

Das mag an Herkunft und an Werdegang liegen, der so alles andere ist als durchschnittlich. Geboren im letzten Kriegsjahr, wuchs Ludwig Stiegler in einem streng katholischen Elternhaus in der Oberpfalz auf. „Das Wort des Papstes, des Kardinals, des Bischofs zählte, katholischer und bayerischer kann man es sich kaum vorstellen.“ Als ein „Einödhofkind“ bezeichnet sich der Mann, der seine letzten Jahre als Parlamentarier in einem Büro an der Wilhelmstraße, inmitten des Berliner Regierungsviertels, gearbeitet hat. Noch heute nennt er sich einen „Oberpfälzer Landlummel“. Bäuerliche Herkunft jenseits größerer Dörfer, zuweilen eingeschneit und von der Außenwelt abgeschnitten – in dieser Umgebung wurde Ludwig Stiegler groß.

## **Oberpfälzer Landlummel**

Ein katholischer Ordenspater begegnete einst dem jungen Messdiener und



**Zur Person:** Ludwig Stiegler, Jahrgang 1944, war einer der dienstältesten Abgeordneten im Deutschen Bundestag. 1980 zog der Rechtsanwalt über die bayerische Landesliste in den Bundestag. Für seine Partei, die SPD, nahm er eine Vielzahl von Ämtern wahr: Stiegler war bis 2006 mehrere Jahre Sprecher der bayerischen Landesgruppe, seit 1998 war er stellvertretender Fraktionsvorsitzender mit den Schwerpunkten Wirtschaft und Technologie, Arbeit, Tourismus. 2002 übernahm er zwischenzeitlich den Fraktionsvorsitz.

gewann den Zwölfjährigen für das katholische Internat in Neu-Ulm. Die Zeit unter Aufsicht der „Kongregation der Söhne des Herzens Mariens“ genoss Stiegler. Als angehenden Missionar in Afrika sahen ihn die Patres. Stiegler lernte Latein, Altgriechisch und Hochdeutsch – in dieser Reihenfolge. Schnell zählte er zu den Klassenbesten.

Und doch wurde Stiegler mehrfach mit Entlassung gedroht, nicht nur, weil er mit seinen Freunden nachts die Mopeds der Patres kaperte und damit einmal im Straßengraben endete. „Erst als ich Händchen haltend mit einem Mädchen erwischt wurde, wurde ich endgültig entlassen“, berichtet Stiegler mit Spaß in der Stimme. In einem Wahlkampf besuchte er das Internat. Und siehe da: Der von ihm ruinierte Blitzableiter, an dem er sich zu den Klosterschülerinnen hatte hangeln können, war noch immer nicht repariert. „Tränen der Rührung“ kamen da dem Politprofi aus Berlin.

Nach dem Gastspiel im Internat besuchte Stiegler das Humanistische Gymnasium in Amberg – als erstes und einziges Arbeiterkind, wie er betont. Seine Eltern waren wenig beglückt: „Es war schrecklich für meine Eltern,

als ich mich entschied, nicht Missionar zu werden.“ Nach dem Abitur, im Jahr 1964, trat er der SPD bei. „Tagelang wagten sich meine Eltern nicht aus dem Haus. Sie schämten sich“, erinnert sich Stiegler. Dabei hatte es anfangs so ausgesehen, als begänne er seine politische Laufbahn in der CSU. Im Heimatort Vilshofen existierte schließlich keine SPD. Stiegler trat der Jungen Union bei. Am Tag des Mauerbaus erlebte er eine Kundgebung mit Konrad Adenauer, der gegen „Brandt alias Frahm“ hetzte. Noch mochte Stiegler daran nichts finden. Letztlich war es Otto Wels' Rede gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz und die bewunderte konsequente Haltung

**„Bei Wehner habe ich gelernt: Organisation ist Politik. Die SPD ist eine Ersatzkirche. Und Bayern ist ein Missionsgebiet.“**

der SPD gegen die Nazis, die ihn zum Sozialdemokraten machten.

Stiegler entschied sich für ein Jura-Studium, bei aller Begeisterung für die Politik wollte er „etwas Handfestes lernen“. Hochschullehrer für Staats- und Verwaltungsrecht war sein Berufsziel. Doch noch in den 60er-Jahren packte ihn die Politik. Für einen Bundestagsabgeordneten seiner Heimat begann er Briefe und Reden zu schreiben, pendelte in Bonn zwischen Universität und Bundeshaus.

Nach Studium und Referendariat arbeitete Stiegler als Rechtsanwalt in Köln, wurde Justiziar der Kölner Messe. Und doch entschied er sich für die Berufspolitik. Mit der Wahl 1980 zog Ludwig Stiegler über die bayerische Landesliste in den Bundestag – sieben weitere Male sollte er das noch so halten; zu einem Direktmandat in seinem Wahlkreis Weiden hat es nie gelangt. Schmidt gegen Strauß, so lautete 1980 die Auseinandersetzung, und der wortmächtige Stiegler bewunderte „Schmidt Schnauze“. Ebenso bezeichnet er sich als einen „Herbert-Wehner-Fan“. „Bei Wehner habe ich gelernt: Organisation ist Politik. Die SPD ist eine Ersatzkirche. Und Bayern ist ein Missionsgebiet.“

## Bayern als Missionsgebiet

Einst habe er die Schwarzen in Afrika missionieren sollen, lautet einer der Kaulauer des Ludwig Stiegler, nun missioniere er eben die Schwarzen in Bayern. Von „Deppen“ und „Sauhunden“ spricht, nein poltert Stiegler, wenn er sich der CSU widmet. Hier also tritt der bayerische, derbe, rauflustige, lautsprecherische Stiegler mit seinem krachledernen Ungestüm auf. „Vom Gemüt her bin ich ein bayerischer Dorfbub“, meint er und begründet dies mit dem Hinweis auf die eigene Parteilbasis: „Diasporagemeinden erwarten, dass ihr Prediger nicht wehleidig nach unten blickt, sondern stolz auftritt.“

Das tut Stiegler zweifelsohne. Doch die von ihm geführte bayerische SPD ist während seiner Amtszeit eine Diasporagemeinde geblieben. Sie dezimierte sich gar noch. Nach der schweren Niederlage bei der Landtagswahl 2003 hatte Stiegler den Vorsitz übernommen. Bergauf ging es seither nicht.

Doch Stiegler lässt sich nicht auf seine krachlederne Bierzeltrhetorik verkürzen. Als die SPD 1998 Regierungsverantwortung übernahm, wurde er stellvertretender Fraktionschef. Stiegler bewährte sich als Makler zwischen Innenminister Otto Schily, der eigenen Fraktion und dem grünen Koalitionspartner. Beim Zuwanderungsgesetz, dem Stasi-Unterlagen-Gesetz oder bei anderen umstrittenen Projekten waren immer wieder diplomatische Fähigkeiten gefragt. Auch die beherrschte Stiegler, selbst im Umgang mit seinem Parteifreund Schily. „No Sir, die Fraktion bin ich“, habe er den Minister mehrfach wissen lassen. „Claudia Roth und ich mussten manchen Wutausbruch Schilys ertragen und ihm klarmachen, dass wir keine Befehlsempfänger sind“, blickt Stiegler zurück und spottet über Schily als „kleinen Vesuvius“. Stiegler verstand es, abzuschätzen, auszuloten und pragmatisch zu agieren. Hier kam der Anwalt zur Geltung, der dem Grundsatz „des Gebens und Nehmens“ huldigt und nicht der Stimmung im Bierzelt.

## 40 rote Pullunder

Und doch sorgte Stiegler immer wieder für Wirbel. Mal warf er Union und FDP vor, ihre Vorläuferparteien hätten Hitler

den Weg an die Macht gebahnt. Mal verglich er George Bush mit dem sowjetischen Botschafter Abrassimow. Mal nannte er seinen Parteifreund Klaus Wowereit einen „Dampfplauderer“. Mehrfach musste Gerhard Schröder Bemerkungen Stieglers zurückweisen. „Schröder rief mich dann fröhlich an, sagte, er müsse sich von diesem oder jenem nun amtlich distanzieren, und fügte hinzu: Doris und ich aber haben über dich herzlich gelacht.“ Ganz abwegig ist diese Darstellung wohl nicht.

Mindestens einmal aber hatte Stiegler überdreht. Im Bundestagswahlkampf 2002 verglich er den Slogan der Union „Sozial ist, was Arbeit schafft“ mit der Naziparole „Arbeit macht frei“, die am Eingang des Konzentrationslagers Auschwitz zu lesen war. „Das war ein großer Fehler“, sagt Stiegler. Die Opfer der Nazis fühlten sich verletzt, das hat Stiegler getroffen, er bedauert diesen Vergleich.

Just in jenem Sommer 2002 wurde Stiegler zum Fraktionschef der SPD gewählt. Sein Vorgänger Peter Struck musste Verteidigungsminister Rudolf Scharping beerben. Zwei Monate lang führte er die – weitgehend in der Sommerpause weilende – SPD-Fraktion. Immerhin aber trat Stiegler so in die Fußstapfen von Schmidt, Wehner und Hans-Jochen Vogel. Die mediale Prä-

senz an der Seite des zwei Tage älteren Gerhard Schröder schmeichelte ihm. Den SPD-Linken Stiegler aus den bayerischen Wäldern und den Genossen der Bosse trennte dabei immer viel. Mit Schröders Agenda 2010 tat sich Stiegler schwer. Dass er bei der Neuregelung der Leiharbeit dem Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD), aber auch dem DGB gefolgt sei, nennt Stiegler heute seinen „größten politischen Fehler. Das würde ich nie wieder machen.“

Mit derlei Dingen aber muss sich Ludwig Stiegler ohnehin nicht mehr befassen. „Ich freue mich auf das Reich der Freiheit – nach vielen Jahren im Reich der Notwendigkeit“, sagt er, auf Karl Marx anspielend. Leben und lesen will er. Die Ilias etwa, denn sie sei „eine gute Alternative zu täglich 300 Seiten Finanzmarktanalysen“. Rote Pullunder wird Ludwig Stiegler weiterhin tragen. An die 40 Exemplare besitzt er davon. Mal wird ihm ein Pullunder geschenkt und „manchmal kaufe ich auch welche“. Immer wieder bitten Menschen für ihren Geburtstag um einen roten Pullunder, getragen von Ludwig Stiegler. Der kommentiert das ungewohnt trocken und gar nicht derb: „Das Leben ist schon komisch manchmal.“

Daniel Friedrich Sturm ■



Foto: DBT/Anke Jacob

## 60 Jahre Petitionsausschuss

# Nahtstelle zwischen Problemen und Politik

**Er ist 60 geworden, aber so engagiert geblieben wie ein Vierzigjähriger, so belastbar wie ein Dreißigjähriger, so unternehmungslustig wie ein Zwanzigjähriger und so neugierig wie ein Zehnjähriger. Und wie vor 60 Jahren will er jeden Tag die Welt ein bisschen besser machen. Eine Welt, die sich stark verändert hat, in der er aber so wichtig ist wie bei seiner Gründung: Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages ist so alt wie die Republik und wie sie dank seiner Mitglieder jung geblieben.**

**D**as hat auch damit zu tun, dass der Petitionsausschuss in der abgeordneteninternen Beliebtheitskala nicht an erster Stelle rangiert. Die Politiker streben in den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss, den Haushaltsausschuss – in klassische Aufgabenfelder. Doch diejenigen, die diesen Job annehmen, erkennen schnell, wie wertvoll und wichtig dieses Gremium für ihre eigene Fraktion, für alle anderen Ausschüsse, für den gesamten Bundestag ist. Denn hier erfahren sie als Erste, wo es klemmt in Deutschland. Welche Gesetze funktionieren und wo das Gutgemeinte Schlechtes bewirkt, wo Bundestag und Bundesregierung dringend nachsteuern müssen. Und oft genug reicht schon das Einschalten des Petitionsausschusses, damit Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung ihre im Einzelfall zu hart ausgefallenen Entscheidungen überprüfen und Bürgern entgegenkommen.

Das Petitionsrecht in Deutschland ist älter als der Bundestag. „Einem jeden steht frei, seine Zweifel, Einwendungen und Bedenkllichkeiten gegen Gesetze und andere Anordnungen im Staate ... sowohl dem Oberhaupt des Staates als dem



Vorgesetzten des Departments anzuzeigen“, hieß es schon 1794 im Allgemeinen Landrecht für die preußischen Staaten. Die Paulskirchenverfassung von 1849 und die Weimarer Verfassung von 1919 führten das Grundrecht auf das Einbringen von Petitionen ein. 1949 entschieden sich die Väter und Mütter des Grundgesetzes für die unmissverständliche Vorgabe: „Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich, mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.“ Um dem Wirken des Petitionsausschusses noch mehr Nachdruck zu verleihen, erhielt er 1975 Verfassungsrang und gehört seitdem zu den Gremien, die nach jeder Bundestagswahl unbedingt gebildet werden müssen. Weitere Rechte im Umgang mit Behörden kamen hinzu.

„Über den Petitionsausschuss mischen sich Bürgerinnen und Bürger in die Politik ein“, lautet für die Ausschussvorsitzende Kersten Steinke (Die Linke) eine der wichtigsten Erfahrungen. „Hier wird

das Grundgesetz konkret.“ Ihre persönlichen Wünsche zum 60. Ausschussjubiläum: Dass sie und ihre Kollegen auch weiterhin „mit vollem Elan“ an die Arbeit gehen und möglichst noch mehr positive Bescheide für die Petenten erreichen mögen. Und dass sowohl die Bundesregierung als auch der Bundestag die Empfehlungen des Ausschusses noch ernster nehmen sollten. Der Petitionsausschuss kann seine Empfehlungen zwar mit eskalierendem Nachdruck versehen. Aber natürlich kann und will er sich nicht über die Gewaltenteilung hinwegsetzen und an die Stelle der zuständigen Behörden treten. Doch durch Ortsbesichtigungen, öffentliche Sitzungen und das neue Mittel der öffentlichen Petition kann er viele Debatten ins Parlament und in die Regierung bringen und letztlich doch für viel Bewegung sorgen – wie zum Beispiel beim Ende der „Bombodrom“-Pläne, die auf ein Luftwaffenübungsgebiet in der Ruppiner Heide abgezielt hatten und letztlich nach Bürgerprotesten und Unterstützung durch den Petitionsausschuss doch wieder eingestellt wurden.

In den 60 Jahren hat der Ausschuss rund 750.000 Petitionen bearbeitet. Die Abgeordneten stützen sich dabei auf die Vorbereitung und Unterstützung durch den Ausschussdienst mit derzeit 75 Mitarbeitern, die jede einzelne Petition lesen und daraufhin abklopfen, wie dem Petenten geholfen werden kann. Eine zunehmende Bedeutung haben im Internetzeitalter die „E-Petitionen“, die über ein Internetportal eingereicht werden können oder aber öffentlichkeitswirksam zur Mitzeichnung und Mitdiskussion auf der Homepage des Bundestages stehen. Binnen eines Jahres registrierten sich allein für dieses Verfahren rund 500.000 Nutzer, die 56.000 Beiträge zu den rund tausend öffentlichen Petitionen verfassten und sich 900.000 Mal bestimmten Anliegen anschlossen.

Auch der Ausschussdienst hat sich verändert, wie Ausschusssekretär Wolfgang Finger, seit zwölf Jahren mit dem



Foto: DBT/Thomas Köhler/photothek

Thema Petitionen vertraut, im persönlichen Vergleich feststellt. „Die Petenten sind kritischer geworden“, und mehr als früher bemühten sich die Mitarbeiter, komplizierte juristische Formulierungen in eine bürgernahe Sprache zu übersetzen. Durch die neuen Medien habe sich die Arbeit auch beschleunigt – was mitunter zu falschen Erwartungen führe. Denn „über Nacht“ wird ein Anliegen selten politische Realität. Und manchmal wird auch gar nichts daraus, wie eine Reihe origineller Petitionen deutlich macht. Weder wollte sich das Kanzleramt unter Gerhard Schröder in den „Zigarrenverbrauch“ des Kanzlers dreinreden lassen, noch fand sich Widerhall für den Vorschlag, ein „Kanzlermausoleum“ für die verstorbenen Amtsinhaber in Form einer gigantischen Pyramidenlandschaft entstehen zu lassen.

Oft genug zeigt sich auch, dass die Petenten ihrer Zeit voraus sind. So gruppierte der Ausschuss 1952 die Eingabe einer „Junggesellin“ in die Schublade mit den „etwas merkwürdigen Wünschen“. Bei der Debatte über das Anliegen vermerkte das Protokoll „Heiterkeit“ über die sonderbare Bitte. Die Frau hatte schlicht Raucher- und Nichtraucherzonen für Gaststätten vorgeschlagen, weil sie sich durch „die rauchenden Männer“ belästigt fühlte. Heute beschäftigt sich der Ausschuss mit den Eingaben von Rauchern, die sich diskriminiert fühlen. So ändern sich die Zeiten, aber der Petitionsausschuss bleibt an der Nahtstelle zwischen Problemen und Politik.

Gregor Mayntz ■



Foto: DBT/Simone M. Neumann

**Konstituierende Sitzung des Petitionsausschusses im 17. Deutschen Bundestag. Bild oben: Die wiedergewählte Vorsitzende Kersten Steinke (Die Linke)**

Auf der Internetseite des Bundestages lassen sich öffentliche Petitionen und Einzelpetitionen einreichen, unterstützen und im Forum diskutieren.



<https://epetitionen.bundestag.de>

# Ein wenig ist es auch

**I**rgendwann kommt man auf die Idee, einmal durch die Häuser des Deutschen Bundestages zu gehen und sich nur auf das Licht zu konzentrieren. Zu schauen, was Licht mit der Architektur und die Architektur mit Licht macht. Ein Gedankenspiel nur.

Man bräuchte dann so einen wie Karsten Schöps, der erzählt, wie das mit den Wechselspielen von Hell und Dunkel funktioniert, welche Idee dahintersteckt,

dass es hier so und dort anders beleuchtet, ausgeleuchtet, angeleuchtet ist. Und welche Logistik es braucht, damit alles immer funktioniert. Er stünde dann beispielsweise im Übergang vom Paul-Löbe-Haus zum Reichstagsgebäude, zwischen zwei in den Boden eingelassenen Lichtquellen, und erklärte, warum das durch mehrere Glasscheiben verteilte und zur Seite gebrochene Licht die weiße, leicht gekrümmte Wand strahlen lässt. „Es handelt sich hier um Entladungslampen“,

# Magie

**Karsten Schöps arbeitet im Sachbereich Elektrotechnik des Deutschen Bundestages. Das hat viel mit Technik zu tun, aber ein wenig auch mit Magie**



sagte Karsten Schöps dann vielleicht, und holte einen auf den Boden technischer Tatsachen zurück. „Wenn ich Ihnen nachher im Reichstagsgebäude die Kohlenfadenlampen zeige, die ein Kunstwerk beleuchten, werden Sie sehen, wie weit die Entwicklung in diesem Bereich vorangegangen ist.“ So redete er möglicherweise und ging dann mit der neugierigen Betrachterin ins Reichstagsgebäude, um zuerst am Beispiel des Plenarsaales zu beweisen,

dass man sich hinter Licht gut verstecken kann. „Dort oben auf der Galerie, wo ringsum die großen Scheinwerfer hängen. Wenn Sie unten im Plenarsaal sitzen, können Sie die Menschen hinter den Scheinwerfern nicht sehen. Apropos Scheinwerfer. Wir könnten uns jetzt noch oben in der Kuppel die Installation für den Lichtdom anschauen. Der wird von Xenonlampen in den Himmel gebaut, die auf der Dachterrasse rund um das große konische Lichtumlenkelement, Möhre ge-

nannt, angebracht sind. Der Lichtdom ist übrigens am besten bei diesigem Wetter zu sehen.“

Karsten Schöps macht keine Lichtführungen, dies ist eine Ausnahme. Für Lichtführungen hätten er und seine Kollegen gar keine Zeit. Sie sorgen dafür, dass alle Beleuchtungssysteme im Deutschen Bundestag funktionieren. Sie müssen die Systeme warten, Beleuchtungssituationen verbessern oder ändern, für jeden Raum, jede Halle,

jedes Ereignis das richtige Licht installieren. Und natürlich müssen sie – trotz aller Hightech – mit Schraubenziehern, Messgeräten und Leitern durch die Häuser laufen, um defekte Geräte zu reparieren, Leuchtelemente auszutauschen, zu kontrollieren, ob wirklich alles leuchtet, was leuchten und Licht geben soll.

### Die Maus als Lichtschalter

Der 38-jährige Meister der Elektroinstallation arbeitet seit 2001 im Deutschen Bundestag im Sachbereich Elektrotechnik, der zum Referat ZT 3 – Liegenschaften und Gebäudetechnik gehört. Besucht man Karsten Schöps in seinem Büro im Jakob-Kaiser-Haus, mag man das erst einmal nicht glauben. Hauptarbeitsmittel scheinen Computer zu sein. „So ist es“, bestätigt der Mann, „die gesamte Lichtsteuerung, die Kontrollen laufen natürlich über Computer. Ich kann sehen, wie die Systeme laufen, und natürlich kann ich mithilfe der entsprechenden Software Systeme selbst zum Laufen bringen.“ Alles ist komplizierter als noch vor nicht allzu vielen Jahren, deshalb redet man auch von Lichtmanagement und Lichtmanagern. Davon konnte vor Jahren, als Karsten Schöps seine Lehre als Elektroinstallateur absolvierte, noch nicht die Rede sein. Und auch noch nicht, als er 1993 ein Abendstudium dranhängte, um seinen Meister zu machen. Damals arbeitete er in seiner eigenen kleinen Firma, die er von seinem Vater übernommen hatte.

2001 bewarb er sich beim Deutschen Bundestag. Hier wurde ein Monteur gebraucht. Doch nach einem Jahr gab es die Chance, ins Lichtmanagement zu wechseln. Die Ausbildung sei auf jeden Fall ein gutes Startkapital für die Arbeit im Bundestag gewesen, sagt Karsten Schöps. „Ich hatte verschiedene Kurse für Lichtsysteme und Lichttechnik absolviert, die Grundlagen für Lichtberechnungen hatte ich an der Berufsschule gelernt.“

Karsten Schöps und seine Kollegen betreuen alle Häuser des Deutschen Bundestages. Sie denken sich Lösungen aus, wenn irgendwo neue Anforderungen an die Beleuchtung und Ausleuchtung eines Raumes entstehen. Man müsse, erklärt

**Man müsse,  
erklärt Karsten  
Schöps, immer auch  
schauen, was passt.  
Schließlich gebe  
die Architektur  
viele vor und dürfe  
die Ästhetik nicht  
gestört werden.**

Karsten Schöps, immer auch schauen, was passt. Schließlich gebe die Architektur vieles vor und dürfe die Ästhetik nicht gestört werden.

Er zeigt eine kleine Lösung, die das beispielhaft gut beschreibt: Im Jakob-Kaiser-Haus sollte ein Platz geschaffen werden, an dem Abgeordnete auch einmal schnell ein Statement vor den Medien abgeben können. Der Standort war das eine, das andere ein entsprechendes Licht, mit dem auch Fotografen und Kameralente gut leben können und das zugleich nicht den Gesamteindruck des Raumes stört. Also hat Karsten Schöps eine „diskrete“ Lösung gefunden, mehrere kleine verstellbare Leuchten in der Decke, die so auf die Stellwand ausgerichtet sind, dass der Mensch davor gut ausgeleuchtet ist und keinen störenden Schlagschatten wirft.



Natürlich müsse man auch oft Kompromisse schließen. Entscheidend sei immer, dass es in den Raum, zu dem Ort passt und ausreichend hell oder gerade dunkel genug ist. Bei solch großen Häusern mit so verschiedenen Raumsituationen ist das keine einfache Aufgabe. Ein Festsaal braucht ein anderes Licht als eine Eingangshalle. Eine Tunnelfahrt im Versorgungstrakt muss so beleuchtet sein, dass man nicht ins Dunkel geht, wenn man hineinfährt und nicht geblendet wird, wenn man herauskommt, Außenbeleuchtungen an Eingangssituationen sollten so gestaltet sein, dass die drinnen in der Pfortnerloge sehen können, was draußen passiert. Wo Tageslicht ist, kann es auch mitbedacht und mitbenutzt werden, gibt es keines, sollte die gewählte Lichtfarbe den Mangel gut wettma-

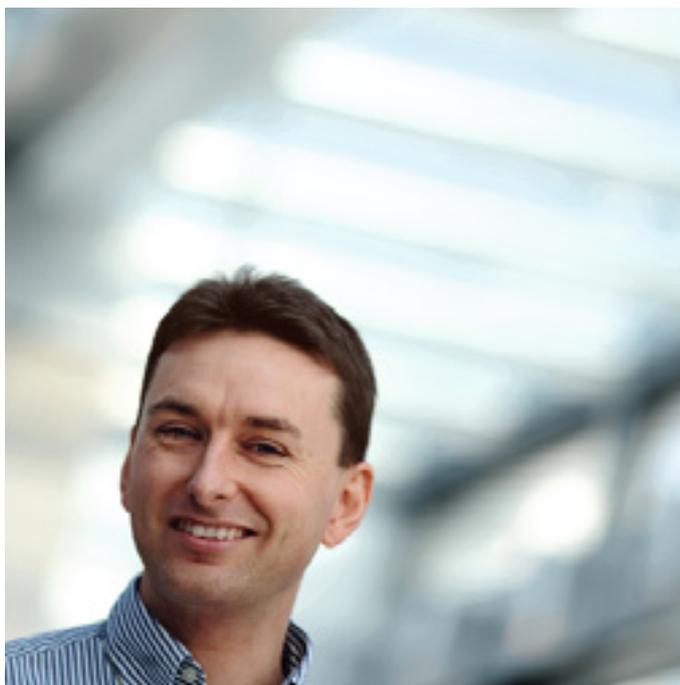


Foto: DBT/studio kohlimeier

**Karsten Schöps  
setzt die Dinge ins  
richtige Licht**



Foto: DBT/studio kohlimeier

chen. Letztlich geht es um mehr als Lichtberechnungsprogramme. Es geht auch um ein Gefühl für die Architektur und die Kenntnis von den spezifischen Bedürfnissen der Menschen, die im Bundestag arbeiten und viele Stunden verbringen.

Finden zum Beispiel große Sonderveranstaltungen statt, wie die Wahl des Bundespräsidenten, müssen neue Lichtszenarien entwickelt und installiert werden. Das sind große Herausforderungen und spannende Aufgaben. Am Ende sehen die Menschen dann nur, wie schön alles ins Licht gesetzt ist. Die dafür gesorgt haben, sind da schon wieder mit anderen Arbeiten beschäftigt.

### Altmodischer Rundgang

Karsten Schöps und seine Kollegen sind mehr als Elektroinstallateure. Die alte Berufsbezeichnung trifft nicht mehr zu. Lichtberechnung, Lichtsteuerung, und das alles mit moderner Hard- und Software, haben das Berufsbild verändert. Trotzdem gibt es noch das gute alte Materiallager, in dem aufgehoben und verwahrt wird, was man braucht, um im Zweifelsfall mal schnell einen Leuchtkörper, eine defekte Lampe oder einen Lichtschalter auszutauschen. Und es gibt auch noch den guten alten Rundgang, bei dem sich einer wie Karsten Schöps davon überzeugt, dass die Dinge in Ordnung sind und funktionieren.

Und dann kann es vorkommen, dass er im Untergeschoss des Jakob-Kaiser-Hauses durch einen Gang läuft und sich ärgert, weil es hier eindeutig zu dunkel ist. Da hilft es dann nicht, dass die Lichtmessung, die immer am Boden erfolgt, besagt, alles liege im Normbereich. Der Gang ist einfach zu dunkel, und der Lichtmanager Schöps will, dass sich hier was ändert. Also wird er überlegen, was man machen kann.

Fragt man ihn, welches der Häuser er – von seiner beruflichen Warte aus betrachtet – am schönsten findet, nennt er sofort das Reichstagsgebäude. Er kann gut erklären, warum das so ist. Zeigt zuerst, wie gut die nackten Kohlefadenlampen zu Christan Boltanskis Kunstwerk „Archiv der Deutschen Abgeordneten“ im Untergeschoss passen. Zeigt dann, wie weich das Licht auf die sorgsam konservierten Inschriften sowjetischer Soldaten auf den massiven alten Mauern des Reichstagsgebäudes fällt. Erklärt wie das Blau der Sitze im Plenarsaal sich mit dem Licht verändert. Und welcher Aufwand betrieben werden muss, findet hier im Plenarsaal eine große Sonderveranstaltung statt. Er zeigt, wie sich Tageslicht mit Kunstlicht mischt und die Wirkung von Räumen verstärkt. Und beim Zuhören und Zuschauen weiß man dann, dass Licht eben mehr ist, als Abwesenheit von Finsternis.

*Kathrin Gerlof* ■

120 Jahre „Kürschner“

# Bestseller, rot-weiß

**Er war ein Geheimrat, der Herr Kürschner. Aber Geheimniskrämerei war seine Sache nicht. 1890 gab der Lexikograph ein Abgeordnetenhandbuch heraus und stellte darin erstmals alle Abgeordneten des Reichstags vor: „Knapp im Wort, ausreichend zur Orientierung, einfach ein Bild, wie es die Kürze der Zeit bedingt.“ Seit bald 120 Jahren sorgt der „Kürschner“ für Transparenz und Informationen im parlamentarischen Geschehen. Und er ist immer noch rot-weiß gestreift.**

**N**atürlich kennt ihn jeder, der sich für Politik, insbesondere für die parlamentarische Arbeit, interessiert – „den Kürschner“. Rot-weiß gestreift kommt dieses Volkshandbuch daher – seit nunmehr 120 Jahren. In den Abgeordnetenbüros findet man es auf fast jedem Schreibtisch – in der Bundestagsverwaltung ebenso. In Pressestellen trifft man es, bei Bundes- und Landesbehörden. In den Botschaften ist das Buch ebenso unverzichtbar wie bei den Vertretern der Religionsgemeinschaften in Berlin. Den Journalisten dient es manchmal als erste Quelle, wenn man beispielsweise den jüngsten Abgeordneten sucht oder den neu gewählten Parlamentarischen Geschäftsführer einer Fraktion des Hohen Hauses.

Was heute zu einem Standardwerk für die erste und zugleich hilfreiche und umfangliche Information über das deutsche Parlament geworden ist, hat seinen Ursprung in den Anfängen der parlamentarischen Arbeit in Deutschland. Es gab damals – in der Zeit des Kaiserreichs –

noch keine parlamentarische Demokratie, wie wir sie heute kennen. Damals empfand man an allerhöchster Stelle wenig Sympathie für alles, was sich mit dem Parlament und seinen Mitgliedern beschäftigte. So war es auch nicht überraschend, dass es bis 1890 in Deutschland keine Bücher oder gar Nachschlagewerke über den Reichstag und seine Mitglieder gab. Alles, was mit dem politisch-parlamentarischen Geschehen zu tun hatte, sollte nicht zu große Kreise ziehen – daher auch die publizistische Geheimniskrämerei in einem Land, in dem der oberste Herrscher sich noch auf Gottes Gnade berief und ein selbstbewusstes Parlament, gewählt in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl, noch Zukunftsmusik war.

Nur: Einem Geheimrat gefiel diese Art des offiziösen Versteckens nicht. Er hieß Joseph Kürschner, war von Beruf Schriftsteller und Lexikograph. In seinem Buch „Der neue Reichstag“, das sich ausschließlich dem Parlament und seinen Mitgliedern widmete und im Jahr 1890

erschien, schrieb er im „Geleitwort“: „Mit der Fortentwicklung unseres geeinten Vaterlandes ist die Anteilnahme an seinem parlamentarischen Leben in allen Kreisen gewachsen. Die letzten Reichstagswahlen haben dafür einen glänzenden Beweis erbracht, indem sie so zahlreiche Wähler an die Urne führten wie nie zuvor. Dem deutschen Volk unmittelbar nach dem Endergebnis des Wahlgeschäfts seine Vertreter in Wort und Bild vorzuführen, ist die Aufgabe dieses Buches: knapp, natürlich im Wort, aber ausreichend zur Orientierung, einfach ein Bild, wie es die Kürze der Zeit bedingt.“

Um in den Buchhandlungen unter den vielen Publikationen aufzufallen, kam es schon damals rot-weiß gestreift daher, mit dem Adler als Prägung auf der Umschlagseite. Auffällig – und heute kaum noch vorstellbar – ist in der ersten Ausgabe von 1890, dass bei einigen Mitgliedern des Reichstags der Biographie kein Foto beigefügt wurde.

Mancher Abgeordnete des Reichstags hatte im „Kürschner“ eine pas-



sende Gelegenheit gesehen, sich über seinen politischen Konkurrenten zu beschweren, und schrieb an Kürschner: „Porträt verweigert aus unten angegebenen Gründen“. Dort stand dann folgende Erklärung des Wilhelm Freiherr von Gültlingen, Mitglied der Reichspartei, aus Calw: „Frh. von Gültlingen lehnte die Mitteilung biographischer Daten und eines Bildes ab, wegen der ihm unsympathischen ‚Art und Weise‘, wie ein anderer Abgeordneter ‚seine Wahl gemacht habe‘, und ermächtigt den Herausgeber, hiervon Kenntnis zu geben.“ In der ersten Ausgabe war noch sehr Persönliches zu lesen, so etwa der Hinweis darauf, in welchem Hotel der Abgeordnete in Berlin gastierte, aber auch, welche Schriften man selbst herausgab oder eigenhändig verfasst hatte. Da gibt es zum Beispiel den Abgeordneten Otto Böckel aus dem hessischen Marburg, der sich im Handbuch als „Antisemit“ neben seiner Parteizugehörigkeit zur „Deutschen Reformpartei“ bezeichnen ließ. Bei anderen Abgeordneten lässt sich in den knappen Angaben zur Person

die ganze politische Vita ablesen. Unter Hermann Molkenbuhr, Sozialdemokrat aus Glückstadt in Schleswig-Holstein, liest sich das so: „Cigarrenmacher in Kellinghusen. Geb. 11.9.1851 zu Wedel in Holstein (konfessionslos). Besuchte die Volksschule in Wedel, lernte als Cigarrenarbeiter, wurde 1881 auf Grund des Sozialistengesetzes ausgewiesen und ging infolge dessen 1881 nach Amerika, kehrte aber 1884 nach Deutschland zurück. Mitglied des Reichstags seit 1890.“ Damals war das Handbuch tatsächlich noch ein solches, es maß exakt 4,7 Zentimeter in der Breite und 7,4 Zentimeter in der Höhe – ein Handschmeichler sozusagen. Heute ist der „Kürschner“ größer und damit auch augenfreundlicher und besser handhabbar. Aber an dem Grundmuster, wie es Joseph Kürschner 1890 beschrieben hat, hat sich bis in die Gegenwart nichts Wesentliches verändert.

Der „Kürschner“ überlebte das Kaiserreich in vielen weiteren Auflagen. Er wurde auch in der Weimarer Republik als Handbuch des Reichstags genutzt. Bis 1933 erschien der „Kürschner“ im Berliner Hermann Hillger Verlag. Er war inzwischen zum Klassiker für Informationen aus dem Parlament geworden. Im gleichen Jahr wurde er von den Nationalsozialisten verboten.

Das 1949 erschienene Handbuch zum 1. Deutschen Bundestag war in seiner Aufmachung und Gestaltung ein anderes Buch geworden – allerdings nur für die erste Wahlperiode. Zum ersten und einzigen Mal in der Geschichte dieses Buches verfasste das deutsche Staatsoberhaupt das Geleitwort zum Handbuch des Parlaments: Bundespräsident Theodor Heuss, in der Weimarer Zeit Abgeordneter des Reichstags, erinnerte darin an „das ganz kleine Format, Kürschners Reichstagshandbüchlein“, das „wir fleißig gebraucht“ haben. Dies mag dazu beigetragen haben, dass der „Kürschner“ in der zweiten Wahlperiode 1953 in alter Aufmachung 20 Jahre nach dem Verbot durch die Nationalsozialisten als „Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag“ in der NDV Neuen Darmstädter Verlagsanstalt erscheinen konnte. Seither ist es Brauch geworden, dass die jeweiligen Parlamentspräsidenten einen Beitrag „Zum Geleit“ schreiben.

Was die Angaben zu den Abgeordneten betrifft, so wird sich auch die neuste Ausgabe streng an den tradierten Strukturen orientieren. Veränderungen sind natürlich deutlich zu erkennen – sie sind Ausdruck deutscher Geschichte und markieren den gesellschaftlich-politischen Wandel. War zum Beispiel im ersten „Kürschner“ von 1890 der gesellschaftliche Stand zentraler Bestandteil der Angaben zur Person, so trat die persönliche Berufslaufbahn in der Weimarer Republik deutlich in den Vordergrund. Diese Angaben fanden im ersten Handbuch des Deutschen Bundestages (1949) „Die Volksvertretung“ ihre Fortsetzung. Auffällig ist, dass zumeist keine Angaben über die Zeitspanne von 1933 bis 1945 gemacht werden, außer gelegentlichen Hinweisen auf eine „Teilnahme am Zweiten Weltkrieg“ oder der Anmerkung: „1933 dreimalige Verhaftung. Konzentrationslager Fuhlsbüttel.“

### Privates ist auch politisch

Auch in der Gegenwart lässt sich im „Kürschner“ gesellschaftlicher Wandel ablesen. Heute ist es selbstverständlich, dass die meisten Mitglieder des Deutschen Bundestages – wenn auch nicht alle – offen über ihre Person Auskunft geben. So kann der Leser zumeist erfahren, wer verheiratet oder geschieden ist, wer in gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften lebt, welcher Religionsgemeinschaft ein Abgeordneter angehört oder ob er oder sie konfessionslos ist. Selbst Fremdsprachenkenntnisse werden angegeben. Und auch in Sachen Aktualität hat sich manches geändert: Heute werden in den Wahlperioden mehrere Ausgaben herausgebracht – in der vergangenen, der 16. Wahlperiode des Deutschen Bundestages waren es sechs neue Auflagen. Zumeist sind sie notwendig, weil durch Nachrücker, Rücktritte, Austritte aus Fraktionen und Veränderungen in der Besetzung von Ausschüssen Aktualisierungen erforderlich werden.

Die Geleitworte reflektieren Veränderungen wie Konstanten der öffentlichen Wahrnehmung des Parlaments und seiner Bedeutung im politischen Gefüge unseres Landes. So schrieb Bundestagspräsident Lammert in seinem Bei-



Foto: NDV/Neue Darmstädter Verlagsanstalt

trag zum „Kürschner“ der vergangenen Wahlperiode: „Auf die Mitglieder des 16. Deutschen Bundestages wartet viel Arbeit, schließlich steckt unser Land in einem tief greifenden Wandlungsprozess. Der Bundestag ist das nationale Forum dieses Prozesses und Zentrum der Entscheidung – hier schlägt das Herz der Demokratie ... Der Bundestag als das einzige direkt gewählte Verfassungsorgan in Deutschland ist nicht Vollzugsorgan der Regierung, sondern ihr Auftraggeber. Gerade in Zeiten großer Koalitionsmehrheiten ist das Selbstbewusstsein des Parlaments als Ganzes gegenüber der Regierung besonders gefordert. Die Abgeordneten wissen um ihre Verantwortung dafür, wie unser Land regiert und zukunftsfähig gemacht wird.“ Was 2005 richtig war, kann auch im neuen Deutschen Bundestag noch volle Gültigkeit beanspruchen.

Der „Kürschner“ für die 17. Wahlperiode wird Anfang 2010 erscheinen. Er sorgt für Informationen und Transparenz über das parlamentarische Geschehen: bald seit 120 Jahren in Deutschland und seit 60 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland.

Glückwünsche zum Jubiläum. Und viele Erkenntnisse beim sorgfältigen Lesen dieses rot-weiß gestreiften Volkshandbuches.

Hartwig Bierhoff ■

Der „Kürschner“ im Internet:



[www.kuerschner.info](http://www.kuerschner.info)

## Wer hat's gesagt?

Ich bin dem  
Herrgott dankbar  
dafür, dass ich  
dies miterleben darf.  
Wir erleben, dass  
die Teile Europas  
wieder zusammen-  
wachsen.

fragt **BLICKPUNKT BUNDESTAG** an dieser Stelle und lädt Sie ein, interessanten Persönlichkeiten der Parlamentsgeschichte im Wortlaut wieder zu begegnen. In jeder Ausgabe präsentieren wir das Zitat eines Mitglieds des Bundestages, das in der Geschichte Deutschlands seine Spuren hinterlassen hat. **Wer hat's gesagt? Schreiben Sie uns die Lösung und gewinnen Sie eine Reise für zwei Personen nach Berlin.**

**D**er knapp 76 Jahre alte Politiker, der an einem Novembertag in Berlin diese Worte spricht, hat einen anstrengenden Tag hinter sich. In aller Frühe, zwischen vier und fünf Uhr, ist er von einem Journalisten geweckt worden. Der befragt ihn nach der sensationellen Nachricht von der Öffnung der Berliner Mauer. Der prominente Bundestagsabgeordnete fliegt noch am Vormittag mit einer britischen Militärmaschine nach Berlin. Mit einem Besuch im Osten der Stadt überzeugt er sich davon, dass eines seiner wichtigsten politischen Ziele kurz vor der Verwirklichung steht: Nach dem Mauerfall liegt nun auch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten in Reichweite.

Noch aber ist nicht sicher, ob diese Wende friedlich verlaufen wird. Am Brandenburger Tor halten Tausende von Ost- und Westberlinern die Krone der Grenzmauer besetzt. Die DDR-Sicherheitsorgane fühlen sich herausgefordert. Die zunächst gelöste Stimmung könnte umschlagen. Der Politiker, der selbst lange in Berlin politische Verantwortung trug, geht mit einem seiner Nachfolger zum Ort des Geschehens. Beide versuchen vergeblich, die Menschen dazu zu bewegen, von der Mauer herabzusteigen.

Am Nachmittag besucht der große alte Mann das ihm vertraute Abgeordnetenhaus. Am frühen Abend dann der Termin, für den er hergekommen ist: Gemeinsam mit den führenden Politikern des Bundes und der Stadt Berlin nimmt er an einer öffentlichen Kundgebung vor seiner früheren Arbeitsstätte teil. In seiner Rede vor den schätzungsweise 20.000 Menschen aus Ost und West erinnert er sich an schmerzliche und Hoffnung bringende Ereignisse in der Geschichte beider deutscher Staaten, die auch seine Geschichte ist. Er spricht vom Zorn und

der Ohnmacht, als er hier 28 Jahre zuvor gegen den Mauerbau anredete. Der Mann, der vor dem Hitler-Regime ins Ausland geflohen war, benennt „die eigentliche Ursache des deutschen Elends“: das „terroristische Naziregime“ und den „von ihm entfesselten schrecklichen Krieg“.

Er spricht an diesem Abend auch von einem Tag, an dem sich die Mauer für die Westberliner das erste Mal wieder öffnete. Am Tag nach seinem 50. Geburtstag durften sie aufgrund des Passierscheinabkommens ihre Verwandten und Freunde im Osten besuchen – ein erster kleiner Schritt auf dem langen Weg der Normalisierung der Beziehungen beider deutscher Staaten sowie der Aussöhnung mit den Nachbarstaaten im Osten. Für diese Politik wird er international hoch geehrt. 1992, im Alter von 78 Jahren, stirbt der gebürtige Lübecker in seinem Haus im Rheinland.

*Klaus Lantermann* ■

Die Antwort schicken Sie als Fax, E-Mail oder per Postkarte an:  
**BLICKPUNKT BUNDESTAG,**  
c/o MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH,  
Wassergasse 3, 10179 Berlin,  
Fax: (0 30) 6 50 00-1 92,  
E-Mail: [blickpunkt@media-consulta.com](mailto:blickpunkt@media-consulta.com).  
Einsendeschluss: 25. Januar 2010

Unter den richtigen Einsendungen werden fünf Preise verlost. Der Hauptgewinn ist eine Reise für zwei Personen nach Berlin. Die Lösung des Rätsels in Ausgabe 04-2009 lautet: Hans-Dietrich Genscher.

Eine Reise nach Berlin hat Reinold F. Seidl aus Kitzingen gewonnen.



Foto: Picture-Alliance/APA-Foto/Roland Schlager

Wenn das der Kaiser wüsste: Zuschauer auf der Besuchertribüne des österreichischen Parlaments

## Österreich: Nationalrat und Bundesrat

# Klub der knappen Worte

**R**hetorisch brillieren können sie im Nationalrat der Republik Österreich schon lange nicht mehr. Die Geschäftsordnung begrenzt heute die Redezeiten drakonisch – in einem Hause, in dem nicht nur zu Kaisers Zeiten der Filibuster eine Art Sport war. Man redete, schwatzte, faselte Stunden um Stunden, um Abstimmungen, Fristen, Mehrheiten auszuhebeln. Vor knapp 20 Jahren noch verstanden sich die Grünen im Nationalrat darauf – in einem Fall in einer durchaus gewitzten Rede von nahezu elf Stunden.

Im prunkvollen neoklassizistischen Parlamentspalast am Wiener Ring wird die Redezeit heute karg bemessen. Karg ist auch der reale Einfluss der Parlamentarier: Hier herrscht drakonische, mit der netten Formel „Klubzwang“ kaschierte Fraktionsdisziplin. Eine Fraktion heißt „Klub“. Und vielleicht hat es damit zu tun, dass argwöhnische Österreicher ihre Abgeordneten oft für privilegierte Müßiggänger halten, im Kontrast zu deren tatsächlichem Riesenspensum. Dennoch – die Eigeninitiativen des Hohen Hauses sind gering: Gesetzesinitiativen, vom Par-

lament selbst und nicht von der Regierung initiiert, können als Sensation gelten. Zuletzt wurde im Handstreich ohne tiefere Debatte die Legislaturperiode von vier auf fünf Jahre verlängert – im Rahmen eines politischen Alltagshandels der Parteiführungen einer Großen Koalition.

Die manchmal doch bescheidene Rolle des Parlaments mag durch den Zustand des modernen Plenarsaales symbolisiert werden, in den es hineinregnet, wo die Einrichtung der Fünfzigerjahre vor sich hinbröseln. Man lässt ihn nun renovieren. Der alte prunkvolle, aber höchst unbequeme Reichsratssaal dient heute nur mehr feierlichen Staatsakten und Kulturveranstaltungen, die ein neues, sehr aufgeklärtes Parlamentspräsidium anregt und beschirmt.

Österreich scheint irgendwie noch immer dem Parlamentarismus zu misstrauen: Der vom Volk direkt gewählte Bundespräsident, eine Art Wahlkaiser, hat bei der Regierungsbildung das Heft in der Hand. Das Staatsoberhaupt ernennt und vereidigt Kanzler und Minister. Das Parlament hat zunächst buchstäblich nichts damit zu tun, wählt sie nicht, hat erst hinterher das Wort, könnte allen-

falls die neue Regierung gleich wieder stürzen. Gerade versucht man, wenigstens die Berufung von Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen als Minderheitenrecht durchzusetzen. Es gab ganze Legislaturperioden, ohne dass dieses Kontrollinstrument tätig geworden wäre. Und der Bundesrat? Als Länderkammer wird er nicht von den Landesregierungen, sondern von den Landtagen selbst beschickt. Nur haben im eher folkloristischen Föderalismus Österreichs die Landtage wenig und der Bundesrat gar nichts zu sagen. Entgegen den ursprünglichen Intentionen der Verfassung, die beiden Parlamentskammern sogar strikte Bindungen für die Regierungsmitglieder bei Beschlüssen in der Europapolitik erlaubt. Weder National- noch Bundesräte nutzen je diese großen Rechte. Vielleicht hat das ganze doch mit einem Klub zu tun.

*Michael Frank, Wien* ■

**Nationalrat und Bundesrat**  
Informationen:



[www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at)



Foto: DBT/MEDIA CONSULTA

# Lesen Sie den Bundestag – regelmäßig mit dem Blickpunkt-Abo

## Liebe Leserin, lieber Leser,

wir hoffen, die Lektüre des neuen BLICKPUNKT BUNDESTAG war informativ und hat Ihnen Freude bereitet! Das Magazin des Deutschen Bundestages erscheint regelmäßig mindestens sechs Mal im Jahr, mit spannenden Reportagen, Interviews und Hintergrundberichten aus dem Parlament.

BLICKPUNKT BUNDESTAG, das sind zwei Magazine in einem: Denn die Beilage SPEZIAL, die immer ein parlamentarisches Schwerpunktthema behandelt, ist regelmäßig mit dabei.

Möchten Sie künftig über den Deutschen Bundestag aus erster Hand informiert werden? Dann bestellen Sie BLICKPUNKT BUNDESTAG zum Preis von 12,00 Euro für sechs Ausgaben pro Jahr.

Mit dem BLICKPUNKT-Abo kommt jede Ausgabe künftig bequem zu Ihnen nach Hause. Wenn Sie BLICKPUNKT BUNDESTAG abonnieren möchten, wenden Sie sich an unsere Abonnentenbetreuung.

## Haben Sie noch Fragen?

Ihre Ansprechpartnerin rund um das BLICKPUNKT-Abo:

Cornelia Hesse  
Buch und Presse Vertrieb GmbH & Co. KG  
Aschmattstraße 8  
76532 Baden-Baden

Telefon: (0 72 21) 5 02-2 70  
Fax: (0 72 21) 5 02-42 70  
E-Mail: [abo-blickpunkt-bundestag@koe-for.de](mailto:abo-blickpunkt-bundestag@koe-for.de)

## Impressum

**Herausgeber:** Deutscher Bundestag,  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Chefredaktion:** Britta Hanke-Giesers  
(Leiterin Referat Öffentlichkeitsarbeit), Michael Reinold

**Redaktion:** Helmut Spörl (Leiter), Alexander Heinrich  
bei MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH  
Wassergasse 3, 10179 Berlin  
Telefon: (0 30) 6 50 00-2 20  
Fax: (0 30) 6 50 00-1 92  
E-Mail: [blickpunkt@media-consulta.com](mailto:blickpunkt@media-consulta.com)

**Koordination:** Michael Reinold  
(Referat Öffentlichkeitsarbeit)  
Telefon: (0 30) 2 27-3 78 68  
Fax: (0 30) 2 27-3 65 06  
E-Mail: [michael.reinold@bundestag.de](mailto:michael.reinold@bundestag.de)

**Beauftragte Agentur:**  
MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH  
**Geschäftsführung:** Dipl.-Kfm. Harald Zulauf

**Art Direction:** Ingrid Otto, Anita Drbohlav  
**Produktion:** René Hanhardt  
**Onlineproduktion:** Lars-Eberhard Schmidt  
**Lektorat:** Katleen Krause

**Abonnement und Vertrieb**  
Cornelia Hesse  
Telefon: (0 72 21) 5 02-2 70  
Fax: (0 72 21) 5 02-42 70  
E-Mail: [abo-blickpunkt-bundestag@koe-for.de](mailto:abo-blickpunkt-bundestag@koe-for.de)

**Druck:** Druckhaus Main-Echo, Aschaffenburg

**Einzelverkaufspreis:** 2 Euro  
**Redaktionsschluss:** 3. Dezember 2009

Die Texte aus BLICKPUNKT BUNDESTAG  
gibt es auch im Internet:  
[www.blickpunkt-bundestag.de](http://www.blickpunkt-bundestag.de)

Ein Nachdruck der Texte mit Quellenangabe kann kostenlos vorgenommen werden, jedoch wird um Zusendung eines Belegexemplars gebeten.

**Anschrift für die Post unserer Leser:**  
BLICKPUNKT BUNDESTAG  
c/o MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH  
Wassergasse 3, 10179 Berlin  
Fax: (0 30) 6 50 00-1 92  
E-Mail: [blickpunkt@media-consulta.com](mailto:blickpunkt@media-consulta.com)

© Deutscher Bundestag, Berlin 2009  
Alle Rechte vorbehalten

Diese Publikation wird vom Deutschen Bundestag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.